

Bedau, Klaus-Dietrich; Krause, Peter

Article — Digitized Version

Das Einkommen der privaten Haushalte nach unterschiedlichen Statistiken

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Bedau, Klaus-Dietrich; Krause, Peter (1998) : Das Einkommen der privaten Haushalte nach unterschiedlichen Statistiken, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 0340-1707, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 67, Iss. 3, pp. 209-234

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/141207>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das Einkommen der privaten Haushalte nach unterschiedlichen Statistiken

Von Klaus-Dietrich Bedau und Peter Krause

Zusammenfassung

In Deutschland gibt es eine Reihe von Statistiken, in denen der Einkommensaspekt mehr oder weniger stark im Vordergrund steht. Die gebräuchlichsten von ihnen — die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, der Mikrozensus sowie das Sozio-ökonomische Panel — werden hier gegenübergestellt und ihre Ergebnisse miteinander verglichen.

Zwischen den Aggregaten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und den vergleichbaren Ergebnissen der EVS besteht in den meisten Fällen eine sehr gute Übereinstimmung.

Geringer ist der Repräsentationsgrad der Einkommensdaten des Mikrozensus (MZ). Hier ist man auf die Selbsteinstufung der teilnehmenden Haushalte angewiesen. Von dem in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nachgewiesenen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften im MZ von 1993 nur knapp 80 % abgedeckt sein.

Die jahresbezogenen Daten über die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind im Sozio-ökonomischen Panel in ähnlich guter Weise wie in der EVS repräsentiert.

1. Verteilungsfragen in der aktuellen Diskussion

Verteilungsfragen haben in der gesellschaftlichen Diskussion an Bedeutung gewonnen. Hierfür lassen sich mehrere Gründe anführen, etwa

- der enger gewordene Verteilungsspielraum bei der Entlohnung der Produktionsfaktoren,
 - die eklatante Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt,
 - Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung und ihre ökonomischen Auswirkungen: weniger Beitragszahler, aber mehr Leistungsempfänger in der Rentenversicherung,
 - die Vergrößerung des Rentenbestandes: mehr Frauen mit eigenem Rentenanspruch,
 - die zunehmende Eigenbeteiligung der Patienten an den explodierenden Krankheitskosten.
- Gesellschaftliche Bedeutung und statistische Durchleuchtung der Verteilungsvorgänge stehen indes in einem Mißverhältnis zueinander. Zwar gibt es in Deutschland eine ganze Reihe von Statistiken, in denen der Einkommensaspekt mehr oder weniger stark im Vordergrund steht¹. Sie lassen sich in vier Gruppen gliedern:²
- Statistiken, in denen sämtliche Einkommen der privaten Haushalte und/oder Personen bzw. Personengruppen nachgewiesen werden (volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Einkommens- und Verbrauchsstichproben, Sozio-ökonomisches Panel, Einkommensteuerstatistik),
 - Statistiken, in denen Angaben über das Einkommen der privaten Haushalte bzw. Personen nur in Form einer Selbsteinstufung in vorgegebene Größenklassen erhoben werden (Mikrozensus, Wohnungsstichproben),
 - Statistiken, in denen die Einkommen nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen nachgewiesen werden (laufende Wirtschaftsrechnungen),
 - Statistiken, in denen nur bestimmte Einkommensarten von Personen, vor allem das Einkommen aus unselbständiger Arbeit nachgewiesen werden (laufende Verdiensterhebungen, Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen, Lohnsteuerstatistik).

Wer sich näher mit diesen Statistiken beschäftigt, merkt schnell, daß jede von ihnen neben Vorzügen auch spezifische Mängel aufweist, die Aussagekraft und Verwendbarkeit ihrer Ergebnisse beeinträchtigen sei es hinsichtlich der zugrunde gelegten Definitionen, Abgrenzungen und Differenzierungskriterien, sei es bezüglich des Repräsentationsgrades oder des zeitlichen Abstandes zwischen gleichartigen Erhebungen, sei es im Hinblick auf Erfassungsfehler und Erhebungsausfälle.³

Schon vor mehreren Jahrzehnten wurde vorgeschlagen, ein Bild der Einkommensverteilung zu erarbeiten, „das mit Hilfe einer Fülle von Statistiken mosaikartig zusammenge-

¹ Fürst (1974), S. 7-22.

² Euler (1985), S. 56-62.

³ Euler (1974), S. 71-88; Euler (1983), S. 813-818; Euler (1985), S. 56-62.

setzt werden müßte“.⁴ Später wurde diese Idee einer „geschlossenen Verteilungsrechnung“⁵ konkretisiert. Von seiten der amtlichen Statistik ist es dazu bis heute nicht gekommen, auch wenn betont werden muß, daß es beachtliche Fortschritte bei der Beschreibung des Verteilungsprozesses gegeben hat. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung⁶ hat über lange Zeit dazu beigetragen, die Transparenz der Einkommensverteilung zu erhöhen, doch vor einigen Jahren mußten diese Arbeiten eingestellt werden, weil die erforderlichen Kapazitäten nicht mehr zur Verfügung stehen.

In jüngster Zeit bot sich eine Chance, mehr Licht in die Verteilungsvorgänge zu bringen. Im Sommer 1997 brachte die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag einen Antrag zur regelmäßigen Berichterstattung über die Verteilung ein. In der Begründung heißt es: „Die Entwicklung der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland darf nicht länger verschleiert werden.“⁷ Bei der Beratung des Antrages wurde von seiten der SPD beklagt, daß es zwar aktuelle Statistiken z.B. über Anbaufläche und Ertrag von Hackfrüchten gäbe, in denen zwischen frühen und späten Speisekartoffeln oder zwischen Zucker- und Runkelrüben unterschieden wird, daß aber Daten über die Einkommens- und Vermögensverteilung in vielen Bereichen fehlten. Aus der Koalition jedoch hörte man, das vorhandene Statistikmaterial zur Einkommens- und Vermögensverteilung sei vollkommen ausreichend; man wisse, wieviel die Leute auf der hohen Kante haben, wieviel sie für Urlaub, Freizeit, Reisen, Wohnen und Leben ausgeben. Mit den Stimmen aus den Koalitionsfraktionen wurde der Antrag der SPD mehrheitlich abgelehnt.⁸

Einkommensanalysen müssen sich also weiterhin auf die vorhandenen Statistiken zur Einkommensverteilung stützen. Die gebräuchlichsten von ihnen — die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, der Mikrozensus und das Sozioökonomische Panel — werden im folgenden gegenübergestellt, ihre Ergebnisse miteinander verglichen. Insbesondere wird dabei geprüft, inwieweit jede der mikroökonomischen Statistiken das von der makroökonomischen Gesamtrechnung gemessene Einkommen „ausschöpft“, d.h. wie groß jeweils das Erfassungsdefizit bei der Ermittlung des Einkommens durch Haushaltsbefragungen ist. Als Vergleichsjahr wurde 1993 ausgewählt: Damals wurde die jüngste verfügbare Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erhoben. (Die „aktuellen“ Strukturdaten zur Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland sind heute fünf Jahre alt — ist diese Datenlage wirklich ausreichend?) Ausgeklammert bleibt hier die Einkommenssteuerstatistik (einschließlich der Lohnsteuerstatistik). Steuerstatistiken orientieren sich naturgemäß an steuerlich fixierten Tatbeständen; sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Begriffsbestimmungen und Abgrenzungen von anderen Statistiken, die über die Einkommensverteilung informieren.⁹ Es ist allenfalls partiell möglich, die

Ergebnisse der Einkommenssteuerstatistik etwa mit denen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder denen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zu vergleichen, etwa was die Bruttolohn- und -gehaltssumme oder Einkünfte aus Kapitalvermögen anbetrifft.

Eine Diskussion der zahlreichen Einkommensdefinitionen, die man in der nationalökonomischen oder steuerrechtlichen Literatur findet, würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Hier werden die Abgrenzungen verwendet, die man in der Statistik findet — wohl wissend, daß diese nicht immer unumstritten sind.¹⁰

2. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

2.1 Entstehung, primäre Verteilung, Umverteilung und Verwendung des Einkommens

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) ist eine Kreislaufrechnung, in der makroökonomische Vorgänge numerisch beschrieben werden. Sie dürfte in ihren Grundzügen allgemein bekannt sein, so daß sich die folgenden Ausführungen auf die Darstellung der Verteilungsvorgänge in der VGR beschränken können.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung bietet ein mehrstufiges Bild des Einkommenskreislaufs. Im einzelnen werden hier nachgewiesen (Tabelle 1):

- die Einkommensentstehung (hier wird die Wertschöpfung der volkswirtschaftlichen Sektoren angegeben),
- die primäre Einkommensverteilung (hier wird der Anteil der Sektoren am Volkseinkommen nachgewiesen),
- die Einkommensumverteilung (hier findet man den Übergang zum verfügbaren Einkommen der Sektoren),
- die Einkommensverwendung (hier werden der letzte Verbrauch und die Ersparnis der Sektoren quantifiziert).

Die Euphorie über die Möglichkeiten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung war anfangs groß: „Der ungeheure Fortschritt, die die laufende Berechnung des Volkseinkommens und das ganze System der VGR gebracht haben und den man mit einigem Recht geradezu als kopernikanische Wendung in der Statistik ansehen kann, liegt nicht etwa in einer enormen Simplifizierung der Wirtschaftsbeobachtung, sondern vielmehr in einer Umkehrung der Blickrichtung. War man früher darauf angewie-

⁴ Krupp (1966), S. 361-380.

⁵ Krupp (1975).

⁶ Bedau (1993), S. 150-171; Bedau, Freitag, Göseke, Meinhardt (1982).

⁷ Deutscher Bundestag (1997 a).

⁸ Deutscher Bundestag (1997 b), S. 16393.

⁹ Fuß (1974), S. 23-52.

¹⁰ Reich (1988), S. 67-96.

Tabelle 1

Entstehung, Verteilung, Umverteilung und Verwendung des Einkommens 1993
in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
in Mrd. DM

Aggregat	Unternehmen	Staat	Private Haushalte ¹⁾	Zusammen
Entstandene Bruttoeinkommen				
aus unselbständiger Arbeit	1 356,7	342,1	78,1	1 776,9
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	618,6	—	—	618,6
Nettowertschöpfung	1 975,2	342,1	78,1	2 395,4
+ Empfangene Bruttoeinkommen				
aus unselbständiger Arbeit	—	—	1 777,9	1 777,9
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	667,4	48,4	696,2	1 412,0
— Geleistete Bruttoeinkommen				
aus unselbständiger Arbeit	1 356,7	342,1	78,1	1 769,9
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	1 63,5	104,2	40,1	1 07,9
= Anteil am Volkseinkommen	22,4	—55,8	2 33,9	2 00,5
+ Empfangene laufende Übertragungen	146,7	1 04,9	720,6	2 72,3
— Geleistete laufende Übertragungen	191,2	720,6	1 70,7	1 982,5
= Verfügbares Einkommen	—22,1	628,5	2 83,9	2 90,3
— Letzter Verbrauch	—	634,9	1 29,3	2 64,1
= Ersparnis	—22,1	—6,3	254,6	226,2
1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Quelle: Statistisches Bundesamt (1997 b).				

sen, aus einer Vielzahl lose nebeneinander liegender Bausteine ein Gesamtbild über die wirtschaftliche Situation und Entwicklung mühsam aufzubauen, so sind wir jetzt in die Lage versetzt, mit einer einzigen zusammenfassenden Globalzahl und ihrer zeitlichen Veränderung unsere Betrachtung zu beginnen."¹¹

Heute wird allgemein akzeptiert, daß eine Gesamtschau der Einkommensverteilung nur im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung möglich ist.¹² Man weiß indes von den Problemen, die die Einkommensmessung und -darstellung im Rahmen der VGR in sich trägt.¹³ So ist es für den Außenstehenden schwer zu verstehen, daß das Volkseinkommen (eine Bruttogröße) niedriger ausgewiesen wird als die Summe der verfügbaren Einkommen (eine Nettogröße). Ursächlich für diesen — der allgemeinen Anschauung über das Verhältnis von Brutto- und Nettoeinkommen widersprechenden — Tatbestand ist, daß die indirekten Steuern im Volkseinkommen nicht enthalten sind, während die verfügbaren Einkommen diese Steuern einschließen. Eine kritische Stimme hat hierzu angemerkt: „Wenn die indirekten Steuern entstehungsseitig nicht als Einkommen gelten, können sie es schlechterdings auch auf der Verwendungsseite nicht. Oder einfach gesagt, eine

Volkswirtschaft kann nicht über mehr verfügen, als sie hat.“¹⁴

Bei der Darstellung der Verteilungsvorgänge im Rahmen der VGR steht die funktionale Einkommensverteilung im Vordergrund — dabei lassen sich die Unternehmereinkommen nicht mit der gleichen statistischen Genauigkeit wie die Einkommen der Arbeitnehmer ermitteln.¹⁵ Aber die Beschreibung des Verteilungsprozesses geht über die funktionale Ebene hinaus: Es werden nicht nur die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, sondern detailliert auch die von den Haushalten empfangenen und geleisteten Übertragungen, das verfügbare Einkommen sowie Verbrauch und Ersparnis der Haushalte zahlenmäßig nachgewiesen.

Die in der VGR ermittelten Daten beruhen auf einer in sich konsistenten Kreislaufrechnung, in der prinzipiell die

¹¹ Grohmann (1963), S. 353.

¹² Euler (1985), S. 62.

¹³ Kopsch (1986), S. 106-125; Kopsch (1988), S. 7-36.

¹⁴ Reich (1986), S. 39.

¹⁵ Luh (1996).

**Einkommenskomponenten
in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
+ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit
+ Vermögenseinkommen
<hr/>
= Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte
- <u>Konsumentenkreditzinsen</u>
<hr/>
= Anteil der privaten Haushalte am Volkseinkommen
+ Soziale Leistungen
+ Sonstige empfangene Einkommensübertragungen
- Direkte Steuern
- Sozialbeiträge
- <u>Sonstige geleistete Einkommensübertragungen</u>
<hr/>
= Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte
- <u>Privater Verbrauch</u>
<hr/>
= Ersparnis der privaten Haushalte

Untererfassung von Einkommensteilen ausgeschlossen ist. Faktisch treten aber selbst in der VGR nicht sämtliche Einkommensströme der Volkswirtschaft in Erscheinung, etwa weil sie in der Schattenwirtschaft zirkulieren, sich sonstwie der statistischen Erfassung entziehen oder weil sie nach internationalen Konventionen in der Regel nicht einbezogen werden (z.B. Entgelte für Hausarbeit und sonstige Eigenleistungen im Haushalt, Nachbarschaftshilfen, Einnahmen aus Hobbytätigkeit).

2.2 Einkommen der Privathaushalte im engeren Sinn

Will man — ausgehend von den Aggregaten der VGR — die Einkommenslage der Privathaushalte im engeren Sinn (oder die materielle Lage von Haushaltsgruppen) analysieren, so sind einige Umrechnungen erforderlich:

- Die im Kontensystem der VGR zusammengefaßten privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (z.B. Kirchen, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, karitative, kulturelle und im Erziehungswesen tätige Organisationen) sind zu trennen,
- die in Gemeinschaftsunterkünften (z.B. Kasernen, Krankenhäusern, Strafanstalten, Wohn- und Altenheimen) lebenden Personen mit ihrem Einkommen aus dem Bereich der privaten Haushalte auszugliedern,

— die Einkommensströme zwischen Privathaushalten, Anstaltsbevölkerung und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (gegebenenfalls auch die zwischen den einzelnen Haushaltsgruppen) einzubeziehen.

Einkommensströme zwischen Privathaushalten (z.B. Unterstützungs- und Unterhaltszahlungen durch Angehörige, Alimente) sind zur Kennzeichnung individueller Wohlfahrtssituationen durchaus von Bedeutung. Sie werden im Kontensystem der VGR aber nicht nachgewiesen, weil sie sich in einer „konsolidierten“ Darstellung gegenseitig aufheben. Aus dem gleichen Grund werden dort Einkommensströme zwischen den Privathaushalten, den in Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen und den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nicht beziffert.

Über die Höhe der „innersektoralen“ Einkommensströme ist wenig bekannt. Statistisch belegt sind lediglich die von den privaten Haushalten gezahlten Kirchensteuern und das Kirchgeld sowie die Beiträge und Spenden an politische Parteien. Bezüglich der Unterhalts-, Alimenten- und anderen Unterstützungsleistungen ist man auf Schätzungen angewiesen. Die überschlägige Rechnung zum Einkommen der Privathaushalte, der Anstaltsbevölkerung und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (Tabelle 2) erhebt keinen Anspruch auf letzte Genauigkeit.

Das Statistische Bundesamt hat mehrmals Daten zur Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen¹⁶ veröffentlicht, die aus den Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet wurden. Sie lassen die mehr oder weniger großen Einkommensdisparitäten zwischen den sozio-ökonomischen Gruppen erkennen. Leider gibt es hierzu keine aktuellen Informationen.

3. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

3.1 Grundzüge der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) gibt es in Deutschland seit Anfang der sechziger Jahre.¹⁷ In fünfjährigen Abständen werden maximal 0,3 % aller Haushalte auf freiwilliger Basis über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse befragt; die Ergebnisse der Stichprobe werden auf die Gesamtheit der privaten Haushalte (mit Ausnahmen, auf die noch eingegangen wird) hochgerechnet. Die jüngste veröffentlichte EVS fand — wie erwähnt — 1993 statt, erstmals auch in den neuen Bundesländern.

Die EVS wird in mehreren Stufen erhoben. Zu Beginn des Erhebungsjahres wird ein Grundinterview durchge-

¹⁶ Richter, Hartmann (1977), S. 353-373; Schüler (1982), S. 75-91; Schüler (1984), S. 561-575; Schüler (1988), S. 37-66; Schüler und Mitarbeiter (1990), S. 182-194; Spies und Mitarbeiter (1992), S. 418-430.

¹⁷ Euler (1974), S. 71-88.

Tabelle 2

**Einkommen der Privathaushalte,
der Anstaltsbevölkerung und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck 1993
in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
in Mrd. DM**

Aggregat	Konsolidiertes Einkommen ¹⁾	Nichtkonsolidiertes Einkommen ²⁾			
		Privat- haushalte	Anstalts- bevölkerung	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Zusammen
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 777,9	1 770,0	7,9	—	1 777,9
Unternehmertätigkeit	483,8	483,8	—	—	483,8
Vermögen	212,4	202,3	1,1	9,0	212,4
= Erwerbs- und Vermögenseinkommen	2 474,0	2 456,1	9,0	9,0	2 474,0
+ Empfangene laufende Übertragungen	720,6	712,2	13,1	57,5	782,7
— Geleistete laufende Übertragungen und Konsumentenkreditzinsen	1 110,8	1 153,7	11,7	7,3	1 172,9
= Verfügbares Einkommen	2 093,9	2 014,5	10,4	59,2	2 083,9

¹⁾ Ohne Übertragungen zwischen Privathaushalten, Anstaltsbevölkerung und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. —
²⁾ Einschließlich Übertragungen zwischen Privathaushalten sowie zwischen Privathaushalten, Anstaltsbevölkerung und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
 Quellen: Schüler (1984); Statistisches Bundesamt (1997 b); Berechnungen des DIW.

führt, in dem die Zusammensetzung des Haushalts, die Erwerbsbeteiligung der Haushaltsmitglieder, die Wohnsituation sowie die Ausstattung des Haushalts mit langlebigen Gebrauchsgütern erfragt werden; außerdem wird gebeten, das Haushaltsnettoeinkommen durch Selbsteinstufung in eine vorgegebene Größenklassenskala zu deklarieren. Im Laufe des Erhebungsjahres führen die an der EVS teilnehmenden Haushalte in einem bestimmten Turnus monatliche Feinanschreibungshefte, in denen sämtlichen Einnahmen und Ausgaben detailliert festgehalten werden. Durch ein Rotationsverfahren wird dabei eine möglichst gleiche Verteilung dieser Feinanschreibungen über das Kalenderjahr erreicht: Jedem Haushalt wird ein bestimmter Anschreibungsmonat vorgegeben, so daß immer ein Zwölftel der teilnehmenden Haushalte an der Feinanschreibung teilnimmt. Den Abschluß der EVS bildet ein Schlußinterview, in dem vor allem nach Vermögensbeständen und Verpflichtungen des Haushalts gefragt wird.

Von der EVS wird nicht die gesamte Bevölkerung erfaßt. So blieben bis 1988 die Haushalte von Ausländern, die in Deutschland leben, unberücksichtigt. 1993 ist die Stichprobe auf solche Haushalte ausgedehnt worden — aber von diesen haben nicht einmal halb so viele wie nach dem Stichprobenplan erforderlich teilgenommen. Nach wie vor werden die Haushalte mit besonders hohem Nettoeinkom-

men (1993: monatlich 35 000 DM oder mehr) wegen der geringen Fallzahl in der Stichprobe bei der Aufbereitung der EVS-Ergebnisse ausgeklammert. Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben und dort keinen eigenen Haushalt führen, fehlen in der EVS.

3.2 Einkommensangaben nach der Selbsteinstufung der Haushalte versus Einkommensdaten aufgrund der Feinanschreibung

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist die einzige Erhebung der amtlichen Statistik, für die der Nachweis von Einkommensverteilung und -verwendung der privaten Haushalte zentrales Erhebungsziel ist. Nun ist seit langem bekannt, daß Fragen nach der Höhe des Einkommens in Interviews häufig auf mangelnde Auskunftsbereitschaft der Befragten treffen. Über sein Einkommen spricht man in Deutschland üblicherweise nicht, bei der Steuererklärung hat man vielleicht sogar einen Teil der Einkünfte „vergessen“ — und nun kommt ein Interviewer mit der Bitte, man solle sein Einkommen in einem Fragebogen deklarieren. In einem seit der Volkszählungsdiskussion mit Vorurteilen über den Wert oder Unwert von Statistiken belasteten Klima findet eine solche Bitte nicht in allen Fällen Verständnis. Mitunter ist auch die Auskunftsfähigkeit der Befragten

Einkommenskomponenten in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
+ Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit
+ Einnahmen aus Vermögen
+ Einkommen aus Transferzahlungen
+ Sonstige empfangene Einkommensübertragungen
+ <u>Einnahmen aus Untervermietung</u>
= Haushaltsbruttoeinkommen
– Steuern auf Einkommen und Vermögen
– <u>Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung</u>
= Haushaltsnettoeinkommen
+ Einnahmen aus dem Verkauf von Waren
+ <u>Empfangene Vermögensübertragungen</u>
= Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen
– Aufwendungen für den privaten Verbrauch
– Sonstige direkte Steuern
– Sonstige Versicherungsbeiträge
– Sonstige geleistete Einkommensübertragungen
– <u>Zinsen für Hypotheken, Baudarlehen u.ä.</u>
= Ersparnis

eingeschränkt, denn nicht immer weiß die „Bezugsperson“ eines größeren Haushalts, zu welchem Gesamtbetrag sich die Einkünfte der einzelnen Haushaltsmitglieder addieren.

Der mehrstufige Ablauf der EVS bietet der amtlichen Statistik die Möglichkeit, die im Grundinterview von den Befragten genannten Daten zum Haushaltsnettoeinkommen zu überprüfen. Weil im Rahmen der Feinanschreibung nach der Höhe der einzelnen Einkommenskomponenten gefragt wird, läßt sich — unter der Annahme, daß die Einzelangaben stimmen — durch Staffelberechnung ein „synthetisches“ Haushaltsnettoeinkommen bestimmen.

Vor längerer Zeit hat das Statistische Bundesamt¹⁸ die Einkommensangaben aufgrund der Selbsteinstufung im Grundinterview der EVS von 1978 den in der Januar-Anschreibung vom gleichen Jahr gegenübergestellt. Freilich wird der Vergleich von Einkommensangaben aus der Selbsteinstufung der Haushalte und aus der „synthetischen“ Rechnung dadurch etwas beeinträchtigt, daß in letzterer Einkommensarten enthalten sind, die im Grundinterview nicht erfaßt werden (Mietwert der Eigentümerwohnungen, einmalige Einkommensübertragungen).

Doch das Statistische Bundesamt hat diese Einkommenskomponenten in einer Gegenüberstellung der auf unterschiedliche Weise gewonnenen Einkommensdaten ausklammert.

Beim Vergleich der Selbsteinstufung im Grundinterview mit den in der Januar-Anschreibung 1978 deklarierten Einkommensdaten wurde festgestellt, daß damals nur rund ein Drittel der Haushalte von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen — die Haushalte von Selbständigen blieben außer Betracht, weil hier die monatlichen Einkommen aus Unternehmertätigkeit nicht zu erfassen waren — nach den Feinanschreibungsergebnissen derjenigen Einkommensgrößenklasse angehörten, die sie bei der Selbsteinstufung genannt hatten. Knapp ein Zehntel der Haushalte hatte sich mit seinem Einkommen zu hoch eingestuft; es war nach der Januar-Anschreibung niedriger. Für weit mehr als die Hälfte der Haushalte war die „tatsächliche“ Einkommensklasse höher als bei der Selbsteinstufung angegeben — bei 29 % der Haushalte lag das in der Januar-Anschreibung genannte Einkommen um eine Größenklasse, für 14 % um zwei Größenklassen, bei 15 % um drei oder mehr Größenklassen über der in der Selbsteinstufung genannten Einkommensklasse. Die Unterschätzung des Haushaltseinkommens bei der Selbsteinstufung ist keinesfalls auf den Bereich höherer Einkommen beschränkt, sondern erstreckt sich über die gesamte Einkommensskala (Tabelle 3).

Weil die auf der Selbsteinstufung der Haushalte beruhende Einkommensschichtung einen „Bias“ beträchtlichen Ausmaßes in sich trägt, berechnet das Statistische Bundesamt jeweils eine „bessere“ Einkommensschichtung, die sich auf die Ergebnisse der Feinanschreibung stützt (Tabelle 4). Allerdings hat die „Adjustierung“ der Verteilungsdaten ihren Preis: Sie nimmt viel Zeit in Anspruch, und wenn die EVS-Ergebnisse veröffentlicht werden, haben sie beträchtlich an Aktualität verloren. Hier ist eine Beschleunigung erforderlich und auch vorgesehen.¹⁹

An den Ergebnissen der jüngsten EVS treten die gleichen Tendenzen zutage (Tabelle 5). Bei der Selbsteinstufung deklarierten 1993 fast zwei Fünftel der westdeutschen und über die Hälfte der ostdeutschen Haushalte (ohne die Haushalte von Landwirten sowie ohne die Haushalte mit überwiegender Einkünften aus landwirtschaftlichem Betrieb, deren Einkommen im Grundinterview nicht erfragt wurde) ein monatliches Nettoeinkommen von maximal 2 500 DM; nach der Jahresrechnung lagen aber nur knapp ein Viertel der westdeutschen und reichlich ein Drittel der ostdeutschen Haushalte unter dieser Einkommensschwelle. Auf mehr als 5 000 DM bezifferten im Grundinterview 20 % der Haushalte in den alten sowie 6 % der in den neuen Bundesländern ihr monatliches Nettoeinkommen; tatsächlich überschritten 38 % der westdeutschen und

¹⁸ Euler (1983), S. 813-818.

¹⁹ Chlumsky, Ehling (1997), S. 455-461.

Tabelle 3

**Haushalte von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen 1978¹⁾ in der Einkommens- und
Verbrauchsstichprobe nach zutreffender und unzutreffender Einkommensselbsteinstufung der Befragten
in %**

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Einkommensgrößenklasse nach der Januar-Anschreibung war gegenüber dem Grundinterview		
	niedriger	gleich	höher
unter 800	—	61	39
800 ... 1 000	12	50	38
1 000 ... 1 200	11	41	48
1 200 ... 1 400	6	33	61
1 400 ... 1 600	7	29	64
1 600 ... 1 800	9	23	68
1 800 ... 2 000	6	31	63
2 000 ... 2 200	10	21	69
2 200 ... 2 500	9	20	71
2 500 ... 3 000	10	21	69
3 000 ... 4 000	9	35	56
4 000 ... 5 000	11	52	37
5 000 ... 20 000	15	54	31
Zusammen	8	34	58

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 20 000 DM oder mehr, ohne Haushalte von Ausländern, ohne Anstaltsbevölkerung.

Quellen: Euler (1983); Berechnungen des DIW.

15 % der ostdeutschen Haushalte mit ihrem Einkommen diesen Betrag. Mit einem Monatseinkommen von mehr als 7 500 DM stufen sich 6 % (Westdeutschland) bzw. 1 % (Ostdeutschland) der Haushalte ein — nach der Jahresrechnung waren es aber 12 % bzw. 3 %. Das Durchschnittseinkommen der Haushalte war in der „adjustierten“ Schichtung um ein Drittel (Westdeutschland) bzw. reichlich ein Viertel (Ostdeutschland) höher als nach der Selbsteinstufung. In den neuen Bundesländern gab es also einen geringeren Korrekturbedarf als in den alten.

Auch die grafische Darstellung zeigt die deutlichen Unterschiede zwischen der auf der Einkommensselbsteinstufung basierenden und der aus Angaben der Feinanschreibung beruhenden Einkommensschichtung (Abbildung 1). Die Feingliederung der Schichtung wurde hier durch kubische Spline-Interpolation²⁰ gewonnen.

3.3 Repräsentationsgrad der EVS-Ergebnisse

Der Preis, den die zeitaufwendige „Adjustierung“ der Einkommensdaten in der EVS hat, dürfte durch die Zuverlässigkeit der synthetischen Rechnung, die sich bei einem Vergleich mit gesamtwirtschaftlichen Daten zeigt, mehr als aufgewogen werden. Auch wenn die Einkommensabgren-

zungen in der VGR und in der EVS nicht immer übereinstimmen, ist ein überschlägiger Vergleich möglich (Tabelle 6). Vermögensübertragungen, Einnahmen aus Vermögensumwandlung und Kreditaufnahme sowie Ausgaben für Vermögensbildung (einschließlich der nichtentnommenen Gewinne) und die Rückzahlung von Krediten bleiben bei diesem Vergleich außer Betracht.

Eine außerordentlich gute Übereinstimmung zwischen dem Aggregat der VGR und dem hochgerechneten Ergebnis der EVS ist mit 96 % beim Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu erkennen — hier wurden die von den Arbeitgebern getragenen Sozialversicherungsbeiträge ausgeklammert, weil sie in der EVS nicht erfragt werden. Etwas geringer ist die Übereinstimmung beim Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit — hier wurden dem EVS-Einkommen aus selbständiger Arbeit die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, die Mietwerte der Eigentümerwohnungen, die Einnahmen aus Untervermietung und die aus dem Verkauf von Waren zugeschlagen, um eine Vereinbarkeit mit dem entsprechenden Aggregat der VGR zu erreichen. Dabei ist zu bedenken, daß die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung in der EVS höher nachgewiesen werden als sie tatsächlich sind, weil die EVS keine Abschreibungen auf Wohngebäude kennt.

²⁰ Söll (1978), S. 43-65.

Tabelle 4

**„Adjustierte“ Einkommenschichtung der privaten Haushalte 1993¹⁾
in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe**

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Zahl der Haushalte			Jährliches Nettoeinkommen			Monatliches Durchschnitts- einkommen in DM
	in 1 000	in %	in %, kumuliert	in Mill. DM	in %	in %, kumuliert	
Früheres Bundesgebiet							
unter 1 000	371	1,3	1,3	3 563	0,2	0,2	800
1 000 ... 1 600	1 983	6,9	8,1	31 708	1,9	2,1	1 332
1 600 ... 2 000	1 760	6,1	14,2	38 326	2,3	4,4	1 815
2 000 ... 2 500	2 462	8,5	22,7	66 755	4,0	8,4	2 260
2 500 ... 3 000	2 606	9,0	31,8	85 687	5,1	13,5	2 740
3 000 ... 4 000	4 744	16,4	48,2	198 621	11,9	25,4	3 489
4 000 ... 5 000	4 070	14,1	62,2	219 194	13,1	38,5	4 488
5 000 ... 6 000	3 236	11,2	73,4	213 043	12,7	51,2	5 486
6 000 ... 7 000	3 210	11,1	84,5	257 950	15,4	66,6	6 697
7 000 ... 10 000	2 717	9,4	93,9	278 732	16,7	83,3	8 549
10 000 ... 35 000	1 759	6,1	100,0	279 519	16,7	100,0	13 242
Zusammen	28 917	100,0	X	1 673 098	100,0	X	4 822
Neue Länder und Berlin-Ost							
unter 1 000	113	1,7	1,7	1 154	0,4	0,4	851
1 000 ... 1 600	839	12,6	14,2	13 318	5,0	5,4	1 323
1 600 ... 2 000	773	11,6	25,8	16 599	6,2	11,6	1 789
2 000 ... 2 500	809	12,1	37,9	21 816	8,1	19,7	2 247
2 500 ... 3 000	769	11,5	49,4	25 405	9,5	29,2	2 753
3 000 ... 4 000	1 394	20,9	70,3	58 280	21,7	51,0	3 484
4 000 ... 5 000	988	14,8	85,1	52 911	19,7	70,7	4 463
5 000 ... 6 000	522	7,8	92,9	34 018	12,7	83,4	5 431
6 000 ... 7 000	210	3,1	96,0	16 148	6,0	89,4	6 408
7 000 ... 10 000	214	3,2	99,2	20 323	7,6	97,0	7 914
10 000 ... 35 000	53	0,8	100,0	8 051	3,0	100,0	12 659
Zusammen	6 684	100,0	X	268 023	100,0	X	3 342
Deutschland							
unter 1 000	484	1,4	1,4	4 717	0,2	0,2	812
1 000 ... 1 600	2 822	7,9	9,3	45 026	2,3	2,6	1 330
1 600 ... 2 000	2 533	7,1	16,4	54 925	2,8	5,4	1 807
2 000 ... 2 500	3 271	9,2	25,6	88 571	4,6	10,0	2 256
2 500 ... 3 000	3 375	9,5	35,1	111 092	5,7	15,7	2 743
3 000 ... 4 000	6 138	17,2	52,3	256 901	13,2	28,9	3 488
4 000 ... 5 000	5 058	14,2	66,5	272 105	14,0	42,9	4 483
5 000 ... 6 000	3 758	10,6	77,1	247 061	12,7	55,7	5 479
6 000 ... 7 000	3 420	9,6	86,7	274 098	14,1	69,8	6 679
7 000 ... 10 000	2 931	8,2	94,9	299 055	15,4	85,2	8 503
10 000 ... 35 000	1 812	5,1	100,0	287 570	14,8	100,0	13 225
Zusammen	35 601	100,0	X	1 941 121	100,0	X	4 544

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM oder mehr sowie ohne Anstaltsbevölkerung.
Quelle: Statistisches Bundesamt (1997 a).

Tabelle 5

**Zusammengefaßte relative Einkommenschichtungen der privaten Haushalte 1993¹⁾
aufgrund unterschiedlicher Einkommensangaben in der Einkommens- und Verbauchsstichprobe**

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Zahl der Haushalte			
	nach dem Grundinterview ²⁾		nach der Jahresrechnung	
	in %	in %, kumuliert	in %	in %, kumuliert
Früheres Bundesgebiet				
unter 1 000	5,1	5,1	1,3	1,3
1 000 ... 2 500	32,7	37,8	21,5	22,7
2 500 ... 5 000	42,4	80,2	39,5	62,2
5 000 ... 7 500	14,1	94,3	26,3	88,5
7 500 oder mehr	5,7	100,0	11,5	100,0
Neue Länder und Berlin-Ost				
unter 1 000	8,7	8,7	1,7	1,7
1 000 ... 2 500	45,9	54,6	36,2	37,9
2 500 ... 5 000	39,0	93,6	47,1	85,1
5 000 ... 7 500	5,7	99,3	11,8	96,9
7 500 oder mehr	0,7	100,0	3,1	100,0

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM oder mehr sowie ohne Anstaltsbevölkerung. — ²⁾ Ohne Haushalte von Landwirten.
Quellen: Statistisches Bundesamt (1995 b); Statistisches Bundesamt (1997 a).

Erheblich geringer ist der Repräsentationsgrad der EVS, was die von den privaten Haushalten empfangenen Zinsen und Dividenden anbetrifft. 70 % der von der EVS widergespiegelten Vermögenseinkünfte waren 1993 Einkommen aus Wohnungsvermietung oder unterstellte Mieten für die Nutzung von Eigentümerwohnungen — nach der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung also Einkommen aus Unternehmertätigkeit. Die in der Gesamtrechnung nachgewiesenen „echten“ Vermögenseinkommen schließen die Kapitalerträge aus Lebensversicherungen ein, die in der VGR periodengerecht verteilt, in der Praxis jedoch während der Laufzeit der Versicherungsverträge kumuliert und erst bei deren Fälligkeit mit den Versicherungssummen ausgezahlt werden. Weil derartige Zinsen in den EVS-Ergebnissen nicht enthalten sind, wurden sie hier aus dem betreffenden Aggregat der VGR eliminiert. Angesichts des dennoch vergleichsweise geringen Repräsentationsgrades der EVS-Daten sei daran erinnert, daß die Haushalte mit besonders hohem Nettoeinkommen bei der Aufbereitung der Stichprobenergebnisse unberücksichtigt bleiben. Diese Haushalte fallen zwar zahlenmäßig nicht stark ins Gewicht, dürften jedoch über vergleichsweise hohe Vermögensbestände verfügen, aus denen ihnen ansehnliche Zinsen und Dividenden zufließen.

Nun hat allerdings eine Auswertung von Statistiken zur Vermögensverteilung²¹ ergeben, daß das von der EVS 1993 erfaßte Geldvermögen (einschließlich der Guthaben

bei Versicherungen) nur rund drei Fünftel des Geldvermögens der privaten Haushalte abdeckt, wie es in der Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank erscheint. Diese große Diskrepanz zwischen EVS-Resultaten und der Geldvermögensrechnung kann wohl nicht in voller Höhe darauf zurückgeführt werden, daß in der EVS die Haushalte mit besonders hohem Einkommen fehlen. Vielmehr ist zu vermuten, daß nicht wenige der Befragten ihren Vermögensbesitz unvollständig deklariert haben.²² Der geringe Erfassungsgrad der EVS bei den Spareinlagen (43 %) deutet darauf hin, daß dies nicht nur solche mit hohen Einkünften waren. Gilt es hierzulande nicht geradezu als Volkssport, sein Vermögen vor den Behörden zu verstecken, und wird es nicht als Kavaliersdelikt empfunden, seine Ersparnisse (oder zumindest einen Teil davon) auf der Flucht vor der Besteuerung ins Ausland zu transferieren? Mancher wird befürchten, das Finanzamt könne von diesem Fluchtkapital erfahren, wenn er es der Statistik zur Kenntnis bringt. Und verschweigt man einen Teil seines Geldvermögens, dann wohl auch einen Teil seiner Vermögenseinkünfte.

Beim Vergleich der von den privaten Haushalten empfangenen Einkommensübertragungen in VGR und EVS ist

²¹ Bedau (1998 a).

²² DIW (1996), S. 497-506.

Abbildung 1

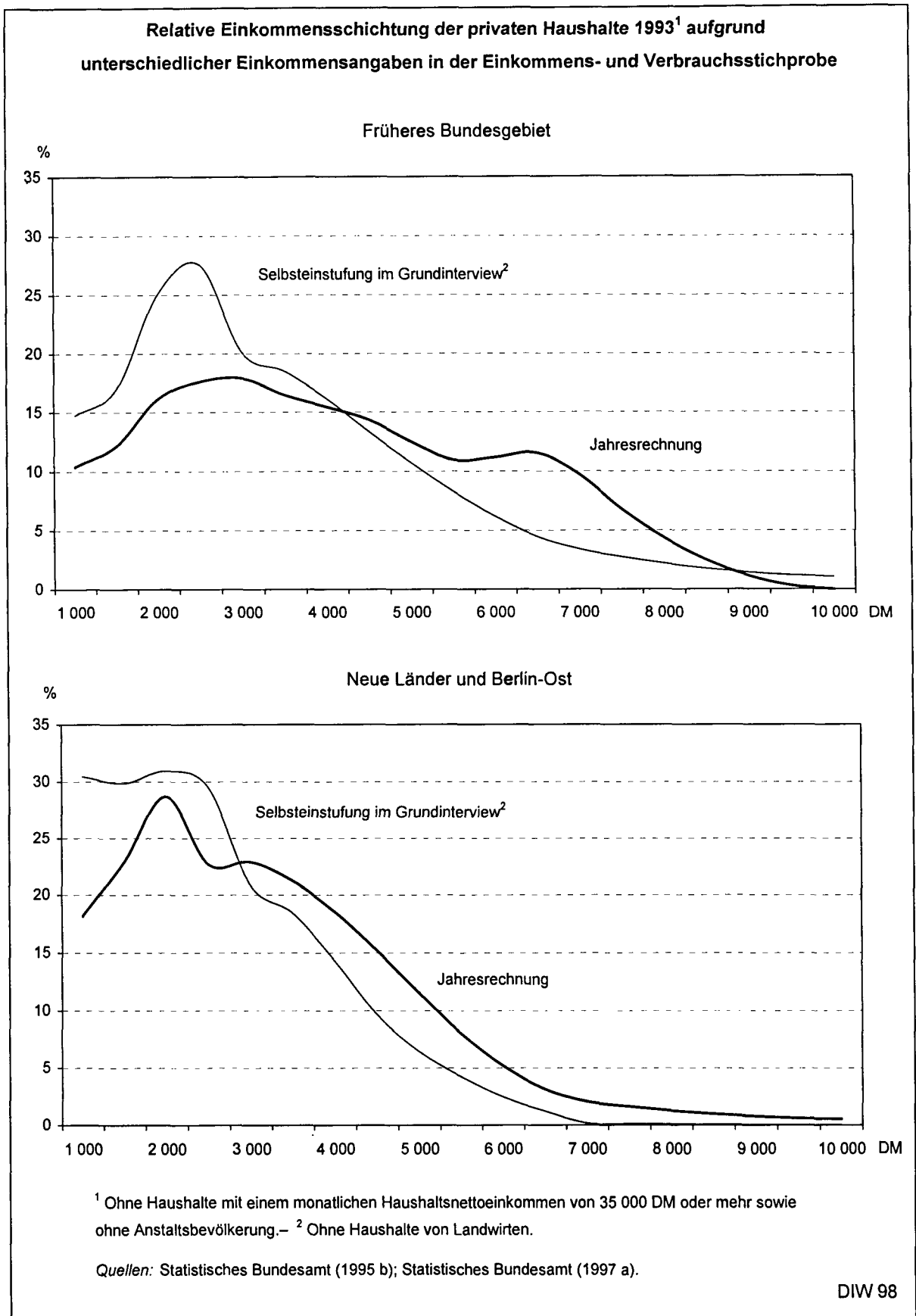


Tabelle 6

**Einkommen der Privathaushalte 1993 in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
sowie in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
in Mrd. DM**

Aggregat	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ¹⁾	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	Nachrichtlich: Ausschöpfungsgrad der EVS in %
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ²⁾	1 444,4	1 385,7	95,9
Unternehmertätigkeit ³⁾	483,8	419,7	86,8
Vermögen ⁴⁾	156,8	77,8	49,6
= Erwerbs- und Vermögenseinkommen	2 085,0	1 883,2	90,3
+ Empfangene laufende Übertragungen ⁵⁾	662,6	558,9	84,3
– Geleistete laufende Übertragungen ^{2,4)} und Konsumentenkreditzinsen	778,6	669,9	86,0
= Verfügbares Einkommen	1 969,0	1 772,1	90,0
¹⁾ Einschließlich Übertragungen zwischen Privathaushalten sowie zwischen Privathaushalten, Anstaltsbevölkerung und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. — ²⁾ Ohne Sozialbeiträge der Arbeitgeber. — ³⁾ Einschließlich Einkommen aus Wohnungsvermietung. — ⁴⁾ Ohne Zinsen auf Versicherungen. — ⁵⁾ Ohne Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen. Quellen: Statistisches Bundesamt (1997 a); Statistisches Bundesamt (1997 b); Berechnungen des DIW.			

zu bedenken, daß in der VGR die sozialen Leistungen die vom Staat übernommenen Sozialversicherungsbeiträge (vor allem Beiträge für die Krankenversicherung der Rentner sowie für die Renten- und Krankenversicherung der Arbeitslosen) einschließen,²³ sie machten 1993 immerhin 8 % der sozialen Leistungen aus. In den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sind diese Beiträge nicht enthalten — deshalb wurden sie aus den VGR-Daten „herausgerechnet“. Folgerichtig enthalten die von den privaten Haushalten geleisteten Einkommensübertragungen hier weder die von den Arbeitgebern noch die vom Staat getragenen Beiträge zur Sozialversicherung. Nach Vornahme dieser Bereinigungen wurden von den in der VGR ausgewiesenen sozialen Leistungen 97 %, von den Sozialbeiträgen 96 % durch die EVS von 1993 erfaßt.

Beim verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ist der Repräsentationsgrad der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe — gemessen an den Gesamtrechnungsdaten — mit 90 % als sehr gut zu bezeichnen. Das Statistische Bundesamt²⁴ hat eine noch etwas höhere Übereinstimmung berechnet — allerdings unter Bezugnahme auf das verfügbare Einkommen der westdeutschen Privathaushalte einschließlich der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Diese Gewinne waren 1993 — wie seit vielen Jahren — negativ; rechnet man sie dem verfügbaren Einkommen der Privathaushalte hinzu, so fällt dieses geringer und die Übereinstimmung zwischen EVS- und VGR-Daten höher aus.

Bei einer durchschnittlichen „Erfassungslücke“ von 10 % ist der Repräsentationsgrad der EVS bei den einzelnen Haushaltsgruppen unterschiedlich hoch. Während die von VGR und EVS ausgewiesenen Durchschnittseinkommen für die Arbeitnehmer-Haushalte gut übereinstimmen, gibt es bei den entsprechenden Daten für die Selbständigen-Haushalte eine größere Differenz. Hier kommt zum Ausdruck, daß Selbständige weniger häufig als Arbeitnehmer bereit sind, an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe teilzunehmen; die Teilnahmebereitschaft der Selbständigen war um so geringer, je höher das Einkommen ausfiel. Von den Selbständigen-Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 5 000 DM oder mehr nahmen nur 60 % der nach dem Stichprobenplan erforderlichen Haushalte an der EVS teil.²⁵

Bei der Hochrechnung der Stichprobenergebnisse werden derartige Erhebungsausfälle korrigiert. Dennoch hat man den Eindruck, daß die Selbständigen-Haushalte mit hohem Einkommen auch nach der Hochrechnung in der EVS unterrepräsentiert sind. Wie wäre es sonst zu erklären, daß sich die vergleichsweise starke Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen — diese haben in Westdeutschland von 1983 bis 1993 um

²³ Schüler (1984), S. 566.

²⁴ Hertel (1997), S. 46.

²⁵ Pöschl (1993), S. 388.

82 % zugenommen, während die Einkommen aus unselbständiger Arbeit im gleichen Zeitraum nur um 60 % gestiegen sind — wohl von der makroökonomisch orientierten Verteilungsrechnung²⁶, nicht aber von der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe widergespiegelt wird:

Veränderung des durchschnittlichen verfügbaren Haushaltseinkommens von 1983 bis 1993 in Westdeutschland

	nach der VGR	nach der EVS
	in %	
Haushalte von Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft	+ 92,3	+ 41,6
Arbeitnehmer-Haushalte	+ 40,7	+ 40,5

Aus den EVS-Ergebnissen folgert das Statistische Bundesamt, daß die Einkommensdisparität in Westdeutschland nicht zugenommen hat.²⁷ Aber gilt diese Aussage auch bei Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung?

4. Der Mikrozensus

4.1 Grundzüge des Mikrozensus

Der Mikrozensus (MZ) wird seit 1957 durchgeführt.²⁸ Die Stärken dieser Erhebung liegen auf demographischem und sozio-ökonomischem Gebiet; sie ist eine Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Seit 1991 wird der Mikrozensus auch in den neuen Bundesländern erhoben.

Das ursprüngliche Ziel des Mikrozensus war es, einen Überblick über die Struktur der Bevölkerung, ihren Ausbildungsstand, die Beteiligung am Erwerbsleben und die Finanzierung des Lebensunterhalts zu gewinnen. Später kamen Fragen nach Urlaubs- und Erholungsreisen, der Einkommenslage sowie der Betreuung von Kindern durch erwerbstätige Mütter hinzu. In einzelnen Jahren hat es Zusatzbefragungen u.a. zur Sonntags- und Nacharbeit gegeben.

Der Mikrozensus wird jährlich erhoben; Ausnahmen bildeten die Jahre 1983 und 1984, in denen die Erhebung im Zusammenhang mit der kontrovers geführten Diskussion über die Volkszählung ausgesetzt wurde. Befragt wird jährlich 1 % der Bevölkerung; bis 1959 gab es jährlich drei Zusatzbefragungen mit einem Auswahlsatz von 0,1 %. Heute gilt der jährliche Auswahlsatz von 1 %; darüber hinaus werden alle drei Jahre 0,5 % bzw. 0,25 % der Einwohner Zusatzfragen gestellt. Die Mikrozensusbefragungen finden in der Regel jeweils (in der letzten feiertagsfreien Woche des Monats) Ende April statt; die Ergebnisse sind kurze Zeit nach der Erhebung verfügbar.

Im Gegensatz zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe besteht im Mikrozensus Auskunftspflicht. Bei einigen Fragen — z.B. bei denen zur Aus- und Weiterbildung, zur Pendlersituation, zur Gesundheit, zu Behinderungen, zur betrieblichen und privaten Altersvorsorge — wird es den Befragten jedoch freigestellt, ob sie antworten. Über Auskunftspflicht oder Freiwilligkeit im Mikrozensus ist ausführlich diskutiert worden.

Nicht immer stimmen die Ergebnisse des Mikrozensus mit denen anderer Statistiken überein. So überrascht zunächst, daß im Mikrozensus die Zahl der westdeutschen privaten Haushalte für 1993 um 361 000 und die Haushaltsmitglieder um 1,3 Mill. höher ausgewiesen werden als in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Des Rätsels Lösung: Der Mikrozensus enthält Doppelzählungen, weil beispielsweise Personen mit mehreren Wohnsitzen — etwa ein auswärts arbeitender Monteur, der nur am Wochenende bei seiner Familie, sonst als Untermieter an seinem Arbeitsort wohnt — mehrfach erfaßt werden, einmal im Haushalt seiner Familie, zum anderen als Einpersonenhaushalt.

In den vierzig Jahren seines Bestehens war der Mikrozensus ständig im Wandel.²⁹ Heute steht er vor einer neuen Herausforderung: Es wird vermutet, daß die Zahl der Beschäftigten im Mikrozensus um zwei Mill. unterschätzt wird, weil der überwiegende Teil der Personen mit geringfügigem Beschäftigungsverhältnis nicht erfaßt wird.³⁰

5.2 Einkommensangaben nach der Selbsteinstufung der Haushalte

Im Rahmen des Mikrozensus wird auch nach dem Einkommen der Haushalte gefragt. Nicht erfaßt wird dabei das Einkommen der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in der Land- und Forstwirtschaft (1993: 1 % aller Haushalte). Unter den übrigen Haushalten gibt es einen verhältnismäßig hohen Anteil (1993: 7 %), die zur Höhe ihres Einkommens keine Angaben machen (Tabelle 7). Diese Haushalte bleiben im folgenden außer Betracht; verglichen werden die Einkommensdaten derjenigen Haushalte, von denen aus der EVS und dem Mikrozensus Angaben vorliegen.

Im Mikrozensus wird das Haushaltseinkommen als Summe der Einkommen sämtlicher Haushaltsmitglieder erfragt, und zwar — wie im Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe — durch Selbsteinstufung der Teilnehmer in ein Raster vorgegebener Einkommensgrößenklassen. Es resultiert eine Einkommensschich-

²⁶ DIW (1995), S. 355-360.

²⁷ Hertel (1997), S. 58.

²⁸ Euler (1974), S. 71-88.

²⁹ Statistisches Bundesamt (1989), Emmerling, Riede (1997), S. 160-174.

³⁰ DIW (1997 b), S. 689-694.

Tabelle 7

**Hochgerechnete Zahl der privaten Haushalte 1993
in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sowie im Mikrozensus
in 1 000**

	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ¹⁾			
Selbsteinstufung			
Haushalte mit Einkommensangaben	28 646	6 668	35 314
Landwirte	281	13	294
Jahresrechnung	28 917	6 684	35 601
Mikrozensus			
Selbsteinstufung			
Haushalte mit Einkommensangaben	26 895	6 415	33 310
Landwirte			344
Haushalte ohne Einkommensangaben	2 602	318	2 576

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM oder mehr sowie ohne Anstaltsbevölkerung.
Quellen: Statistisches Bundesamt (1995 a); Statistisches Bundesamt (1995 b); Statistisches Bundesamt (1997 b).

tung der Haushalte; diese wurde hier schätzungsweise um Durchschnitts- und Gesamteinkommensbeträge ergänzt (Tabelle 8).

Vom Statistischen Bundesamt werden die Einkommensdaten des Mikrozensus eher kritisch bewertet: „Derartige Einkommensangaben dienen lediglich als Gliederungsmerkmal für den Nachweis anderer Tatbestände, nicht aber für die Darstellung von Einkommensverteilungen. Sie basieren auf den Angaben der befragten Haushalte für einen bestimmten Monat des Kalenderjahres und erfassen in der Regel nur die regelmäßig wiederkehrenden Einkommen aller Haushaltsmitglieder, vor allem aus unselbstständiger Arbeit und aus empfangenen Einkommensübertragungen. Bei den Angaben über die im Haushalts- oder Personeneinkommen enthaltenen Einkommen aus selbstständiger Arbeit oder Unternehmertätigkeit kann es sich nur um grobe Schätzungen handeln. Für die Darstellung der Einkommenssituation der privaten Haushalte für ein bestimmtes Jahr sind so ermittelte Einkommensangaben wenig geeignet, zumal die Gefahr der Unterschätzung des vorhandenen Einkommens um so größer wird, je mehr Einkommensbezieher sich im Haushalt befinden“.³¹

In der Tat weichen die Einkommensschichtungen von MZ und EVS beträchtlich voneinander ab (Tabelle 9). Im Mikrozensus deklarierten 1993 fast zwei Fünftel der westdeutschen und über die Hälfte der ostdeutschen Haushalte (ohne die Haushalte von Landwirten) ein monatliches Nettoeinkommen von maximal 2 500 DM; nach der Jahresrechnung der EVS blieben aber nur knapp ein Viertel der westdeutschen und reichlich ein Drittel der ostdeutschen

Haushalte unter dieser Einkommensgrenze. Auf mehr als 5 000 DM bezifferten im Mikrozensus 19% der Haushalte in den alten und 6 % der in den neuen Bundesländern ihr monatliches Nettoeinkommen; nach den EVS-Ergebnissen überschritten jedoch 38 % der westdeutschen und 15 % der ostdeutschen Haushalte mit ihrem Einkommen diesen Betrag. Mit einem Monatseinkommen von mehr als 7 500 DM stufen sich in der Mikrozensus-Befragung 6 % (Westdeutschland) bzw. 1 % (Ostdeutschland) der Haushalte ein — nach der Jahresrechnung der EVS waren es 12 % bzw. 3 %. Auch in der grafischen Darstellung sind die Unterschiede zwischen den Einkommensschichtungen, von denen eine auf MZ-Ergebnissen, die andere auf der Jahresrechnung der EVS basiert, deutlich zu erkennen (Abbildung 2).

Je nachdem, ob man die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe oder die des Mikrozensus heranzieht, ergibt sich ein unterschiedlich großes „Armutspotential“ (Tabelle 10). Die Einkommensschwellen, unterhalb derer Haushalte als arm gelten³², differieren nicht

³¹ Euler (1985), S. 56.

³² Um Einkommensarmut zu messen, gibt es mehrere Konzepte (Schäuble 1994, S. 315). Hier wurde das häufig verwendete Konzept der relativen Armut herangezogen, nach der ein Haushalt als arm gilt, wenn sein verfügbares Einkommen nicht mehr als 40% (strenge relative Armut), 50% oder 60% (milde relative Armut), des Durchschnittseinkommens beträgt. Eine Umrechnung der Haushalts- in Äquivalenzeinkommen wurde nicht vorgenommen; deshalb sind die hier ausgewiesenen Armutsquoten höher als in anderen Berechnungen (z.B. Datenreport 1997).

Tabelle 8

Einkommenschichtung der privaten Haushalte 1993¹⁾ im Mikrozensus

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Zahl der Haushalte			Jährliches Nettoeinkommen			Monatliches Durchschnitts- einkommen
	in 1 000	in %	in %, kumuliert	in Mill. DM	in %	in %, kumuliert	in DM
Früheres Bundesgebiet							
unter 1 000	1 574	5,9	5,9	15 110	1,3	1,3	800
1 000 ... 1 800	3 905	14,5	20,4	71 227	6,1	7,4	1 520
1 800 ... 2 500	4 949	18,4	38,8	127 684	11,0	18,4	2 150
2 500 ... 3 000	2 990	11,1	49,9	98 419	8,4	26,8	2 743
3 000 ... 4 000	4 836	18,0	67,9	200 501	17,2	44,0	3 455
4 000 ... 5 000	3 498	13,0	80,9	185 744	15,9	60,0	4 425
5 000 ... 6 000	2 072	7,7	88,6	134 141	11,5	71,5	5 395
6 000 ... 7 500	1 578	5,9	94,4	123 557	10,6	82,1	6 525
7 500 oder mehr	1 493	5,6	100,0	208 399	17,9	100,0	11 632
Zusammen	26 895	100,0	X	1 164 782	100,0	X	3 609
Neue Länder und Berlin-Ost							
unter 1 000	582	9,1	9,1	5 587	2,8	2,8	800
1 000 ... 1 800	1 608	25,1	34,1	27 014	13,5	16,3	1 400
1 800 ... 2 500	1 351	21,1	55,2	34 645	17,3	33,6	2 137
2 500 ... 3 000	757	11,8	67,0	24 836	12,4	45,9	2 734
3 000 ... 4 000	1 117	17,4	84,4	46 123	23,0	69,0	3 441
4 000 ... 5 000	594	9,3	93,7	31 463	15,7	84,7	4 414
5 000 ... 6 000	234	3,6	97,3	15 127	7,5	92,2	5 387
6 000 ... 7 500	119	1,9	99,2	9 311	4,6	96,9	6 520
7 500 oder mehr	53	0,8	100,0	6 312	3,1	100,0	9 925
Zusammen	6 415	100,0	X	200 418	100,0	X	2 604
Deutschland							
unter 1 000	2 156	6,5	6,5	20 697	1,5	1,5	800
1 000 ... 1 800	5 513	16,6	23,0	98 241	7,2	8,7	1 485
1 800 ... 2 500	6 300	18,9	41,9	162 329	11,9	20,6	2 147
2 500 ... 3 000	3 747	11,2	53,2	123 255	9,0	29,6	2 741
3 000 ... 4 000	5 953	17,9	71,1	246 624	18,1	47,7	3 452
4 000 ... 5 000	4 092	12,3	83,3	217 207	15,9	63,6	4 423
5 000 ... 6 000	2 306	6,9	90,3	149 268	10,9	74,5	5 394
6 000 ... 7 500	1 697	5,1	95,4	132 868	9,7	84,3	6 525
7 500 oder mehr	1 546	4,6	100,0	214 711	15,7	100,0	11 573
Zusammen	33 310	100,0	X	1 365 200	100,0	X	3 415

¹⁾ Ohne Haushalte von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft sowie ohne Haushalte, die keine Einkommensangabe gemacht haben.
Quelle: Statistisches Bundesamt (1995 a).

unerheblich: Über höchstens 50 % des Durchschnittseinkommens etwa verfügten 1993 in Westdeutschland nach der EVS 6,1 Mill. Haushalte, nach dem MZ 5,5 Mill.; in Ostdeutschland waren es 1,1 Mill. (EVS) bzw. 1,2 Mill. (MZ) Haushalte. Bei den Anteilen der „armen“ Haushalte an

der jeweiligen Haushaltssumme allerdings bestehen keine allzu großen Unterschiede — die Armutsquote betrug 1993 in Westdeutschland 21,2 % (EVS) bzw. 20,5 % (MZ), in Ostdeutschland 16,2 % (EVS) bzw. 18,5 % (MZ). Daß die Einkommensangaben des Mikrozensus denen sehr ähnlich

Tabelle 9

**Zusammengefaßte relative Einkommenschichtungen der privaten Haushalte 1993
in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾ sowie im Mikrozensus²⁾**

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Zahl der Haushalte			
	in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe		im Mikrozensus	
	in %	in %, kumuliert	in %	in %, kumuliert
Früheres Bundesgebiet				
unter 1 000	1,3	1,3	5,9	5,9
1 000 ... 2 500	21,5	22,7	32,9	38,8
2 500 ... 5 000	39,5	62,2	42,1	80,9
5 000 ... 7 500	26,3	88,5	13,6	94,4
7 500 oder mehr	11,5	100,0	5,6	100,0
Neue Länder und Berlin-Ost				
unter 1 000	1,7	1,7	9,1	9,1
1 000 ... 2 500	36,2	37,9	46,1	55,2
2 500 ... 5 000	47,1	85,1	38,5	93,7
5 000 ... 7 500	11,8	96,9	5,5	99,2
7 500 oder mehr	3,1	100,0	0,8	100,0
¹⁾ Einkommensangaben in der Jahresrechnung; ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM oder mehr sowie ohne Anstaltsbevölkerung. — ²⁾ Ohne Haushalte von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft sowie ohne Haushalte, die keine Einkommensangabe gemacht haben. Quellen: Statistisches Bundesamt (1995 a); Statistisches Bundesamt (1997 a).				

sind, die im Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ermittelt wurden, überrascht nicht (Tabelle 11 und Abbildung 3). In beiden Fällen beruhen die Daten auf der Selbsteinstufung der Befragten in vorgegebene Einkommensgrößenklassen. Während allerdings die EVS-Daten — wie erwähnt — in zeitaufwendiger Arbeit überprüft und korrigiert werden, geschieht das mit den MZ-Daten nicht. Sie sind deshalb wesentlich schneller als die EVS-Daten verfügbar — allerdings doch wohl auf Kosten der Repräsentativität.

4.3 Repräsentationsgrad der Mikrozensus-Ergebnisse

Wie man schnell an den Durchschnittsbeträgen erkennt, liegt das vom Mikrozensus eingefangene Einkommensniveau nicht unerheblich unter demjenigen, das die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nachweist. Für 1993 findet man in der „adjustierten“ EVS ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 4 822 DM (Westdeutschland) bzw. 3 342 DM (Ostdeutschland), im Mikrozensus ein solches von 3 609 DM bzw. 2 604 DM (Tabelle 12). Gegenüber der EVS weist der Mikrozensus also eine „Erfassungslücke“ von 25 % (Westdeutschland) bzw. 22 % (Ost-

deutschland) auf. Auch hier sind die Ergebnisse für die neuen Bundesländer etwas „genauer“ als die für Westdeutschland.

Korrigiert man die Einkommensdaten des Mikrozensus (schätzungsweise) um Sonderzahlungen sowie um unterstellte Mieten für selbstgenutztes Wohneigentum — beide Positionen sind in den Ergebnissen der EVS, nicht aber in denen des MZ enthalten —, so reduziert sich die Differenz zwischen MZ- und EVS-Daten auf 13 % (Westdeutschland) bzw. 14 % (Ostdeutschland). Für die EVS-Ergebnisse war — gemessen an den VGR-Daten — eine Erfassungslücke von einem Zehntel festgestellt worden; mithin dürfte die Erfassungslücke des bereinigten Mikrozensus von 1993 bei rund einem Fünftel des in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelten verfügbaren Einkommens der Privathaushalte liegen.

5. Das Sozio-oekonomische Panel

5.1 Grundzüge des Sozio-oekonomischen Panels

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine seit 1984 im früheren Bundesgebiet und seit 1990 auch in den

Abbildung 2

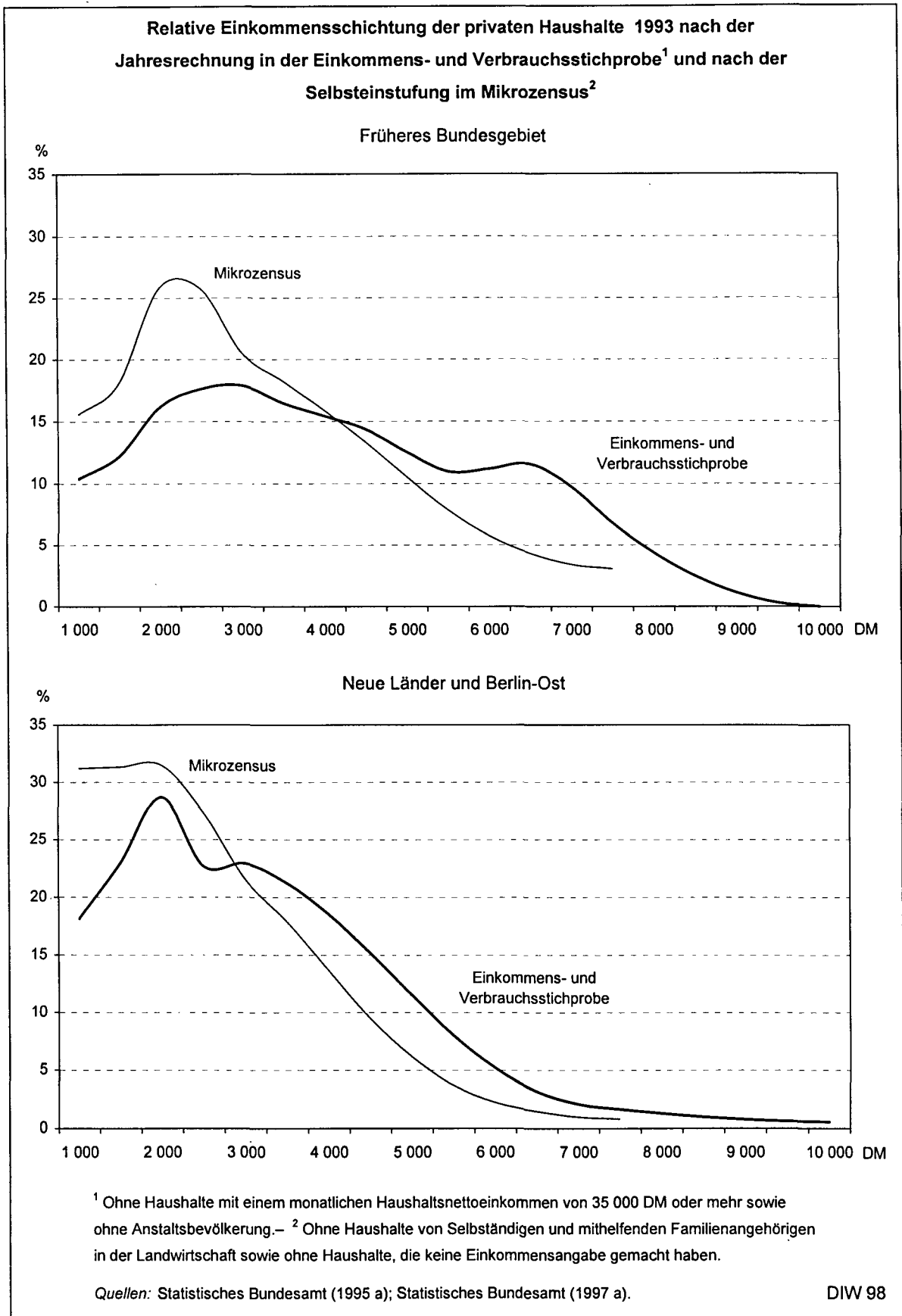


Tabelle 10

**Armut 1993 nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾
sowie nach dem Mikrozensus²⁾**

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	Mikrozensus	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	Mikrozensus
Armutsschwellen in DM je Haushalt und Monat				
40 % des Durchschnittseinkommens	1 929	1 444	1 337	1 042
50 % des Durchschnittseinkommens	2 411	1 805	1 671	1 302
60 % des Durchschnittseinkommens	2 893	2 165	2 005	1 562
Arme Haushalte in 1 000				
40 % des Durchschnittseinkommens	3 782	3 523	540	666
50 % des Durchschnittseinkommens	6 122	5 511	1 083	1 187
60 % des Durchschnittseinkommens	8 628	8 024	1 734	2 605
Armutquoten in %				
40 % des Durchschnittseinkommens	13,1	13,1	8,1	10,4
50 % des Durchschnittseinkommens	21,2	20,5	16,2	18,5
60 % des Durchschnittseinkommens	29,8	29,8	25,9	40,6
¹⁾ Einkommensangaben in der Jahresrechnung; ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM oder mehr sowie ohne Anstaltsbevölkerung. — ²⁾ Ohne Haushalte von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft sowie ohne Haushalte, die keine Einkommensangabe gemacht haben. Quellen: Statistisches Bundesamt (1995 a); Statistisches Bundesamt (1997 a).				

neuen Bundesländern laufende Längsschnitterhebung, bei der jährlich dieselben Personen und Haushalte zu ihren Lebensbedingungen ausführlich befragt werden.³³ Natürliche Bevölkerungsbewegungen, Haushaltsabspaltungen und Migrationen innerhalb Deutschlands werden im SOEP durch ein geeignetes Weiterverfolgungskonzept erfaßt. Dabei werden neue Personen, die in Befragungshaushalte zugezogen sind oder geboren wurden, ebenso repräsentativ registriert wie Ausfälle, die durch Tod oder Wegzug ins Ausland aus der Befragung ausgeschieden sind. Andere Ausfälle — etwa durch Verweigerungen — werden nach detaillierten Ausfallanalysen durch geeignete Hochrechnungsfaktoren kompensiert.

Im Unterschied zu der in größeren zeitlichen Abständen erhobenen Quotenstichprobe der EVS beruht das SOEP auf einer Zufallsstichprobe ohne Erfassungsgrenzen im oberen Einkommensbereich. Ausländerhaushalte sind im SOEP von Beginn der Erhebung im Jahr 1984 an mit einem überproportionalen Stichprobenansatz erfaßt. Die seitdem erfolgten starken Zuwanderungen nach Westdeutschland durch Aus- und Übersiedler sowie Asylberechtigte, die durch das bestehende Weiterverfolgungskonzept nicht voll erfaßt werden, sind im SOEP seit 1994/95 durch eine zweistufig erhobene Zuwanderungsstichprobe repräsentiert.³⁴

Im Jahr 1998 wird erstmals eine Ergänzungsstichprobe erhoben, die alle Bevölkerungsteile in Deutschland abdeckt.³⁵ Anstaltshaushalte wurden wie bei der EVS bei den Ausgangsstichproben des SOEP nicht berücksichtigt; sie werden aber im Rahmen der Weiterverfolgung (z.B. Umzug ins Altersheim) in den Folgejahren erfaßt.

Der Stichprobenumfang des SOEP beträgt knapp 6000 Haushalte im Jahr 1984 in den alten Bundesländern (Stichproben A und B), mehr als 2000 Haushalte im Jahr 1990 in den neuen Bundesländern (Stichprobe C) und mehr als 500 Haushalte in der Zuwandererstichprobe aus den Jahren 1994/95. In Ergänzung zu den Haushaltsangaben wird nach Möglichkeit für alle Personen im Alter von über 16 Jahren im Haushalt ein Personeninterview durchgeführt, und es werden auch zusätzlich Angaben von Kindern erfaßt, die noch nicht im Befragungsalter sind. Auf diese Weise liegen im Jahr 1997 (ohne Stichprobe E) seit 1984 für mehr als 30 000 Personen in Deutschland Individualinformationen vor.

³³ Projektgruppe Panel (1995); Wagner et al. (1994).

³⁴ Schupp, Wagner (1995).

³⁵ Projektgruppe Panel (1998).

Tabelle 11

**Zusammengefaßte relative Einkommenschichtungen der privaten Haushalte 1993
nach der Selbsteinstufung der Haushalte in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾
sowie im Mikrozensus²⁾**

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Zahl der Haushalte			
	in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe		im Mikrozensus	
	in %	in %, kumuliert	in %	in %, kumuliert
Früheres Bundesgebiet				
unter 1 000	5,1	5,1	5,9	5,9
1 000 ... 2 500	32,7	37,8	32,9	38,8
2 500 ... 5 000	42,4	80,2	42,1	80,9
5 000 ... 7 500	14,1	94,3	13,6	94,4
7 500 oder mehr	5,7	100,0	5,6	100,0
Neue Länder und Berlin-Ost				
unter 1 000	8,7	8,7	9,1	9,1
1 000 ... 2 500	45,9	54,6	46,1	55,2
2 000 ... 5 000	39,0	93,6	38,5	93,7
5 000 ... 7 500	5,7	99,3	5,5	99,2
7 500 oder mehr	0,7	100,0	0,8	100,0
¹⁾ Einkommensangaben in der Jahresrechnung; ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM oder mehr sowie ohne Anstaltsbevölkerung. — ²⁾ Ohne Haushalte von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft sowie ohne Haushalte, die keine Einkommensangabe gemacht haben. Quellen: Statistisches Bundesamt (1995 a); Statistisches Bundesamt (1997 a).				

Die Erfassung der Einkommen nimmt im SOEP von Beginn an einen relativ breiten Raum im Befragungsprogramm ein: Zum einen wird unterschieden zwischen Einkommensarten, die sich auf den aktuellen Befragungszeitpunkt beziehen, sowie Einkommensangaben, die rückwirkend für das letzte Kalenderjahr erhoben werden. Zum zweiten wird unterschieden zwischen Einkommen auf Personenebene und Einkommen auf Haushaltsebene.³⁶ Schließlich gibt es wie bei der EVS und ähnlich dem Mikrozensus auch eine globale Frage nach der Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens. Ausgaben werden im Unterschied zur EVS nicht vollständig erfaßt. Ebenso werden im Vermögensbereich nur einzelne Vermögensarten und das Vermögenseinkommen, nicht jedoch die Vermögensbestände laufend erhoben.

Die Struktur der Einkommenserhebung hat sich im Laufe der Jahre mehrfach gewandelt: Einzelne Einkommenskomponenten wurden in einzelnen Jahren in anderer Differenzierung (z.B. Trennung von Hypotheken- und Zinsbelastung) oder sogar gar nicht erfaßt (z.B. Sozialhilfe), andere Einkommenskomponenten sind aufgrund neuerer Entwicklungen erst später hinzugekommen (z.B. Leistungen der Pflegeversicherung). Eine größere Umstellung gab

es im Jahr 1995: Seit diesem Zeitpunkt werden alle wesentlichen Einkommenskomponenten doppelt erfaßt — sowohl bezogen auf das letzte Kalenderjahr als auch für den aktuellen Befragungszeitpunkt.

Aufgrund dieser vielfältigen Erfassung lassen sich im SOEP drei unterschiedliche Konzepte zur Bestimmung des verfügbaren Haushaltseinkommens unterscheiden:

- die direkte Einkommensabfrage (bezogen auf den Erhebungszeitpunkt),
- das intern adjustierte Einkommen (bezogen auf den Erhebungszeitpunkt)
- sowie das generierte Jahreseinkommen.

Direkte Einkommensabfrage (bezogen auf den Erhebungszeitpunkt): Die direkte, offene Frage nach der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens erfolgt am Ende des Haushaltsfragebogens nach Abfrage verschiedener Einzelkomponenten im Haushaltszusammenhang. Auf diese Weise sind der Auskunftsperson zum Zeitpunkt der Beantwortung auch Transfers und Kapitaleinkünfte im

³⁶ Vgl. Wagner (1991).

Abbildung 3

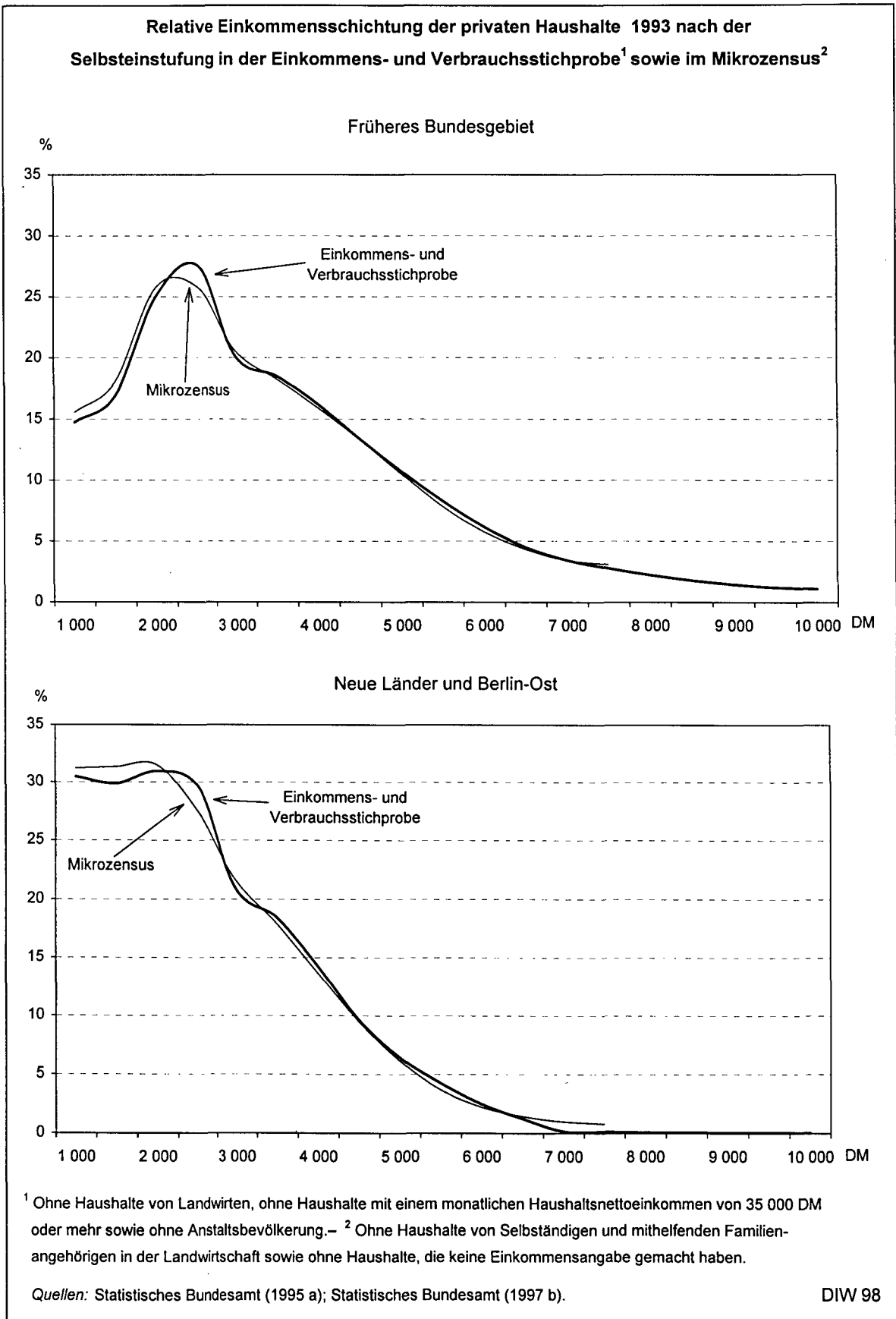


Tabelle 12

**Monatliches Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte 1993
nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sowie nach dem Mikrozensus
in DM je Haushalt und Monat**

	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾			
Selbsteinstufung ²⁾	3 612	2 637	3 428
Jahresrechnung	4 822	3 342	4 544
Mikrozensus³⁾			
Selbsteinstufung	3 609	2 604	3 415
korrigiert ⁴⁾	4 200	2 861	3 942
Nachrichtlich:			
Ausschöpfungsgrad des MZ⁵⁾ in %			
Selbsteinstufung	74,8	77,9	75,2
korrigiert ⁴⁾	87,1	85,6	86,8
<p>1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM oder mehr sowie ohne Anstaltsbevölkerung. — 2) Ohne Haushalte von Landwirten. — 3) Ohne Haushalte von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft sowie ohne Haushalte, die keine Einkommensangabe gemacht haben. — 4) Einkommen nach Selbsteinstufung zuzüglich geschätzter Sonderzahlungen und des Mietwertes der Eigentümerwohnungen. — 5) Gemessen an der EVS-Jahresrechnung. Quellen: Statistisches Bundesamt (1995 a); Statistisches Bundesamt (1995 b); Statistisches Bundesamt (1997 b); Berechnungen des DIW.</p>			

Haushalt noch im Gedächtnis, und es wird so eine der möglichen Fehlerquellen bei dieser Frage gemindert. Diese Frage entspricht der Frage im Grundinterview bei der EVS sowie näherungsweise der Einkommensfrage im Mikrozensus (dort werden die Antworten allerdings nur in klassifizierter Form erhoben). Die Stärke dieser Frage liegt im SOEP zum einen in ihrer Einfachheit und in ihrer weitgehenden Akzeptanz (die Antwortverweigerungen liegen pro Jahr bei ca. 7 %). Zum zweiten besteht ein Vorteil dieser Frage in ihrer zeitlichen Robustheit. Sie wird seit Beginn des SOEP in weitgehend unveränderter Form erfragt und erlaubt so zuverlässige Einkommensuntersuchungen im Zeitverlauf. Ein Nachteil ist allerdings die tendenzielle Untererfassung des Gesamteinkommens bei der direkten Einkommensabfrage.

Adjustierte Einkommensangabe (bezogen auf den Erhebungszeitpunkt): Um die Unschärfen bei der Einkommenserhebung durch die direkte Einkommensabfrage auszugleichen, ist es möglich, die einzelnen Einkommenskomponenten pro Person und Haushalt aufzuaddieren und gegebenenfalls den direkt erhobenen Wert einzusetzen (interne Adjustierung). Der aufaddierte Wert ist jedoch nur dann zuverlässiger, wenn alle Einzelkomponenten pro Person und Haushalt weitgehend fehlerfrei erfaßt werden. Durch Kombination der direkt erfragten und der aus den individuellen Einzelkomponenten aufsummierten Einkommenswerte läßt sich das adjustierte Einkommen berechnen. Dieses verfügt durch den Abgleich mit der direkten

Einkommensabfrage über eine hohe Robustheit bei gleichzeitig besserer Erfassung der Einkommenshöhe; zudem werden bei diesem Verfahren die Missinganteile ohne Zuhilfenahme von Schätzverfahren minimiert. Allerdings ist die Generierung vergleichsweise aufwendig. Für Einkommensanalysen, die sich auf den aktuellen Erhebungszeitpunkt beziehen, erscheint die adjustierte, monatsbezogene Einkommensabfrage als die zuverlässigste Einkommensinformation.

Generierte Jahreseinkommen: Als drittes Einkommensmaß wird im SOEP rückwirkend für das jeweils zurückliegende Kalenderjahr aus den erfragten jahresbezogenen personen- und haushaltsspezifischen Einkommenskomponenten das Vor-Jahreseinkommen generiert. Die generierten Einkommen entsprechen der Gliederung in der VGR: Bei der Generierung werden zunächst die Bruttoerwerbseinkommen³⁷ im Haushalt aufsummiert. Diese bilden zusammen mit den Kapitaleinkünften die Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Hinzu kommen die direkt erhobenen beziehungsweise — sofern diese nicht erfragt wurden — gegebenenfalls auch geschätzten Transfers (empfangene laufende Übertragungen) abzüglich der mit Hilfe eines Simulationsmodells geschätzten Steuern und Sozialabgaben (geleistete laufende Übertragungen). Als Ergebnis erhält man für jeden Haushalt sowohl die Erwerbs- und

³⁷ Die Vorjahresangaben liegen nur als Bruttoeinkommen vor.

Einkommensangaben im SOEP im Jahr 1998
 Personenfragebogen (für alle Personen im Haushalt über 16 Jahre)

Einkommensangaben zum Erhebungszeitpunkt pro Monat (brutto)	Einkommensangaben bezogen auf das letzte Kalenderjahr (brutto)
<ul style="list-style-type: none"> * Arbeitsverdienst (brutto und netto) * Einkünfte aus Nebentätigkeit <p>Leistungen des Arbeitsamtes:</p> <ul style="list-style-type: none"> * Arbeitslosengeld * Arbeitslosenhilfe * Unterhaltsgeld bei Fortbildung, Umschulung * Altersübergangsgeld, Vorruhestandszahl. * Altersrente/-pension, Invalidenrente, Betriebsrente (aufgrund eigener Erwerbstätigkeit) * Witwenrente/-pension, Waisenrente * Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld * BAföG, Stipendium * Wehrsold, Zivildienstvergütung * Unterstützung von Personen, die nicht im Haushalt leben (einschl. Unterhaltsvorschußkassen) * Wohngeld * Kindergeld * Sozialhilfe * Leistungen der Pflegeversicherung <p style="text-align: center;"><i>Belastungen bei Mietern:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> * Miete * Kosten für Heizung * Umlagen, Nebenkosten <p style="text-align: center;"><i>Belastungen bei Eigentümern:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> * Belastung durch Zinsen und Tilgung * Nebenkosten * Wohngeld, Umlagekosten für die Hausverwaltung * Fiktiver Mietwert 	<ul style="list-style-type: none"> * Lohn/Gehalt als Arbeitnehmer * <i>zusätzlich:</i> 13., 14. Monatsgehalt; Weihnachtsgeld; Urlaubsgeld; Gewinnbeteiligung, Prämie; Sonstiges; * <i>zusätzlich:</i> Kurzarbeitergeld; Schlechtwettergeld. * Einkommen aus selbständiger /freiberuflicher Tätigkeit * Einkünfte aus Nebentätigkeit <p>Leistungen des Arbeitsamtes:</p> <ul style="list-style-type: none"> * Arbeitslosengeld * Arbeitslosenhilfe * Unterhaltsgeld bei Fortbildung, Umschulung * Altersübergangsgeld, Vorruhestandszahl. * Altersrente/-pension, Invalidenrente, Betriebsrente (aufgrund eigener Erwerbstätigkeit) * <i>zusätzlich:</i> Differenzierung nach Art der Rente / Pension * Witwenrente/-pension, Waisenrente * <i>zusätzlich:</i> Differenzierung nach Art der Rente / Pension * Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld * BAföG, Stipendium * Wehrsold, Zivildienstvergütung * Unterstützung von Personen, die nicht im Haushalt leben (einschl. Unterhaltsvorschußkassen) * Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung * <i>Belastungen durch:</i> * Betriebs- und Instandhaltungskosten * Tilgung und Zinsen * Einnahmen aus Zinsen und Dividenden (Betrag wird überwiegend nur nach vorgegebenen Kategorien beantwortet) * Bezug von Wohngeld oder Lastenzuschuß * Bezug von Kindergeld * Bezug von Sozialhilfe (ohne Betrag) <ul style="list-style-type: none"> * Kosten für Heizung * Instandhaltungskosten
<i>Globale Fragen zur Einkommenssituation des Haushalts</i>	
<ul style="list-style-type: none"> * Höhe des Haushaltseinkommens aller Haushaltsmitglieder (Netto-Betrag) * * Betrag für Konsumentenkredite / Rückzahlungen 	<ul style="list-style-type: none"> Betrag für Rücklagen / Sparen

Vermögenseinkommen (pre-government income) als auch das generierte Jahresnettoeinkommen (post-government income) bezogen auf das jeweilige Vorjahr. Die Bedeutung dieser jahresbezogenen Einkommensvariablen für internationale Vergleiche ist offenkundig und bedarf keiner weiteren Erläuterung. Die Nachteile liegen im komplizierten Generierungsprozeß und den notwendigen Imputationsverfahren bei fehlenden Einkommensangaben. Bei unklaren oder widersprüchlichen Angaben kann aber als Plausibilitätskontrolle auf die jeweiligen Vorjahreswerte zurückgegriffen werden.³⁸ Ein weiterer, allerdings eher marginaler Nachteil im Vergleich zur Jahresrechnung der EVS besteht darin, daß die Jahresangaben im SOEP sich nicht auf das aktuelle, sondern auf das jeweils zurückliegende Kalenderjahr beziehen.

5.2 Einkommensangaben im SOEP nach unterschiedlichen Erfassungskonzepten

Vergleicht man die direkt erhobenen Einkommensangaben mit den aufsummierten Individualinformationen, so bestätigt sich auch im SOEP die tendenzielle Untererfassung (Tabelle 13): In Westdeutschland wurden knapp 7 %

der direkten Einkommensangaben nach unten und 26 % der Angaben wurden nach oben korrigiert. Immerhin wurden 67 % der Einkommensangaben bestätigt (d. h. die Abweichung zwischen direkt erhobenen und adjustierten Einkommen betrug nicht mehr als 5 %) oder konnten aufgrund der zur Verfügung stehenden Informationen nicht verändert werden. Im Ostdeutschland sind sowohl Übererfassung (11 %) als auch Untererfassung (37 %) stärker ausgeprägt. Trotz der bestehenden Abweichungen werden bei der Mehrheit der Haushalte die Einkommen im SOEP durch die direkte Befragung offenkundig angemessen repräsentiert.

Die stärkere Untererfassung bei Haushalten mit höheren Haushaltseinkommen dürfte vor allem auf die unterschiedliche Haushaltsgröße zurückzuführen sein: Haushalte mit höherem Einkommen verfügen oft über mehr Einkommensbezieher, wodurch sich die Wahrscheinlichkeit der Untererfassung einer Einkommenskomponente bei einer

³⁸ Um die Verweigerungen im SOEP möglichst gering zu halten, wird im allgemeinen nicht die Vorgehensweise der EVS befolgt, bei unklaren Fällen die Angaben bei den Befragten eventuell sogar unter Zuhilfenahme des Steuerbescheids ein zweites Mal direkt zu erheben.

Tabelle 13

Monatsbezogene Haushaltsnettoeinkommen im SOEP im Jahr 1993 bei direkter Befragung und interner Adjustierung

Zahl der Privathaushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen ...				
	Direkt erfragte Einkommen (Angabe in %)	Nach interner Adjustierung (vgl. Tabelle 3) (Abweichung in %)		
		geringer	gleich ¹⁾	höher
Früheres Bundesgebiet				
unter 1000 DM	3,9	5,6	71,9	22,5
1 000 - 2 500 DM	29,5	6,0	72,9	21,1
2 500 - 5 000 DM	44,5	7,0	63,6	29,4
5 000 - 7 500 DM	17,8	7,8	66,0	26,1
7 500 DM und mehr	4,3	3,6	77,2	19,3
Zusammen	100,0	6,6	67,7	25,7
Neue Länder und Berlin-Ost				
unter 1 000 DM	7,5	8,8	57,5	33,7
1 000 - 2 500 DM	43,8	11,9	57,3	30,8
2 500 - 5 000 DM	43,2	9,7	45,3	45,0
5 000 - 7 500 DM	4,8	9,5	57,7	32,8
7 500 DM und mehr	0,7	8,9	79,6	11,5
Zusammen	100,0	10,9	52,0	37,1

¹⁾ Abweichungen von nicht mehr als 5 % einschließlich direkte Einkommensangaben, die aufgrund von fehlenden Werten nicht adjustiert werden konnten.
Quelle: Berechnungen des DIW.

Tabelle 14

**Schichtung und Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen im SOEP im Jahr 1993
in Privathaushalten nach unterschiedlichen Erfassungskonzepten**

Zahl der Haushalte mit einem Haushalts-Nettoeinkommen ... (Angaben in %)			
	Direkt erfragte Einkommen (monatsbezogen) ¹⁾	Adjustierte Einkommen (monatsbezogen) ¹⁾	Generierte Jahreseinkommen ²⁾
Früheres Bundesgebiet			
unter 1 000 DM	3,9	6,0	5,9
1 000 - 2 500 DM	29,5	27,4	24,6
2 500 - 5 000 DM	44,5	42,3	38,5
5 000 - 7 500 DM	17,8	19,0	19,7
7 500 DM und mehr	4,3	5,2	11,3
Zusammen	100,0	100,0	100,0
Neue Länder und Berlin-Ost			
unter 1 000 DM	7,5	8,7	5,3
1 000 - 2 500 DM	43,8	41,4	37,1
2 500 - 5 000 DM	43,2	41,7	44,4
5 000 - 7 500 DM	4,8	7,1	11,2
7 500 DM und mehr	0,7	1,1	2,0
Zusammen	100,0	100,0	100,0
Deutschland insgesamt			
Mittelwerte (in DM)	3 367	3 491	4 037 ³⁾
Keine Angabe (in %)	6,2	3,3	—
Quelle: Berechnungen des DIW.			

Person erhöht. Ein systematischer Zusammenhang zwischen Untererfassung und Einkommenshöhe läßt sich hieraus jedoch nicht ablesen.

Beim Vergleich der Verteilungen (Tabelle 14) ist zu beachten, daß die adjustierten Einkommensangaben auch Haushalte einschließen, die die direkte Einkommensfrage nicht beantwortet haben. Diese Adjustierung konnte nur dann vorgenommen werden, wenn alle Einkommenskomponenten erfaßt wurden; dies war häufiger bei kleineren Haushalten und damit bei eher niedrigeren Haushaltseinkommen der Fall.³⁹ Deshalb ergibt sich der zunächst verwunderliche Befund, daß nach Adjustierung sich der Anteil der Haushalte mit geringen Einkommen erhöht. Im oberen Bereich ist zu berücksichtigen, daß bei den monatsbezogenen Einkommen einmalige Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Schlechtwettergeld etc. nicht berücksichtigt sind. Zudem fehlen hier die eingesetzten Mietwerte für Wohneigentümer. Deshalb liegen die Anteile in diesem Bereich deutlich unter den jahresbezogenen

einkommensangaben. Die Einkommensverteilungen lassen sich aufgrund dieser Erfassungsunterschiede insgesamt nur schwer vergleichen.

5.3 Repräsentationsgrad der SOEP-Ergebnisse

Die Repräsentanz der aggregierten Jahreseinkommen im SOEP entspricht in etwa der der EVS (Tabelle 15). Die Ausschöpfung der Bruttoerwerbseinkommen an der VGR beträgt 92,4 %, Vermögenseinkünfte werden wie bei der EVS nur zur Hälfte erfaßt, und die verfügbaren Einkommen sind ebenfalls wie bei der EVS zu 90 % repräsentiert. Weniger gut ist die Anpassung im Bereich der geleisteten und empfangenen Zahlungen (Steuern, Sozialabgaben und Transfers); diese werden in der EVS wesentlich detaillierter

³⁹ Zudem wurde im Jahr 1993 nicht nach der Höhe der Sozialhilfebeträge gefragt.

Tabelle 15

**Einkommen der Privathaushalte 1993 in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)
und im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP)
in Mrd. DM**

	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ¹⁾	SOEP	Ausschöpfung SOEP in % der VGR
Bruttoerwerbseinkommen ^{2),3)}	1 928,2	1 781,0	92,4
+ Vermögen ⁴⁾	156,8	82,2	52,4
= Erwerbs- und Vermögenseinkommen	2 085,0	1 863,1	89,4
+ Empfangene laufende Übertragungen ⁵⁾	662,6	411,6	62,1
– Geleistete laufende Übertragungen ^{2),4)} und Konsumkreditzinsen	778,6	512,9	65,9
= Verfügbares Einkommen	1 969,0	1 761,8	89,5

¹⁾ Einschließlich Übertragungen zwischen Privathaushalten sowie zwischen Privathaushalten, Anstaltsbevölkerung und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck — ²⁾ Ohne Sozialbeiträge der Arbeitgeber. — ³⁾ Einschließlich Einkommen aus Wohnungsvermietung. — ⁴⁾ Ohne Zinsen auf Versicherungen. — ⁵⁾ Ohne Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen.
Quelle: Statistisches Bundesamt (1997a); Statistisches Bundesamt (1997b); Berechnungen des DIW.

erhoben als im SOEP. Trotz dieser Einschränkung ist die Repräsentanz der SOEP-Einkommen in den aggregierten Jahresdaten als gut zu bewerten.

In den Einkommenschichtungen, die auf den monatsbezogenen Angaben der Panelteilnehmer beruhen, sind die durchschnittlichen Einkommen (Tabelle 13, unten) und damit auch die erfaßten Einkommensaggregate niedriger als bei den generierten Jahreseinkommen. Berücksichtigt man jedoch, daß hierbei der Geldwert für selbstgenutztes Wohneigentum⁴⁰ nicht enthalten ist, und vergleicht die monatsbezogenen Einkommen mit den entsprechend modifizierten Einkommensaggregaten der VGR, so ergibt sich im SOEP auch bei den monatsbezogenen Nettoeinkommen der privaten Haushalte eine gute Ausschöpfung. Im Jahr 1993 lag diese bei den direkt erfragten Einkommen bei 88 % und bei den adjustierten Einkommen bei 91 % des um Einkommen aus Wohnungsvermietung verminderten Jahresaggregates der VGR.⁴¹

⁴⁰ Unterstellte Mieten für die Eigennutzung von Wohnungen in den Einkommen der privaten Haushalte in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1993: 156,87 Mrd. DM (Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1997, Vorbericht). Die um unterstellte Mieten bereinigte Jahressumme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte beträgt 1969 Mrd. DM — 157 Mrd. DM = 1812 Mrd. DM (vgl. Tabelle 14).

⁴¹ Nicht enthaltene einmalige Jahreszahlungen werden bei dieser Berechnung für alle Haushalte pauschal als 13. Monatsgehalt einbezogen. Bei den Haushalten ohne valide Einkommensangaben wird unterstellt, daß diese die gleiche Einkommenschichtung aufweisen wie die Haushalte mit validen Angaben.

Im SOEP berechnet sich die aggregierte Einkommenssumme pro Jahr für monatsbezogene Angaben wie folgt:

Durchschnittseinkommen (vgl. Tabelle 13 unten) * 13 (Monate) * Zahl der Privathaushalte (1993: 36,364 Mill, vgl. Pannenberg, 1997, S. 5). Die Ausschöpfungsquote ist das Verhältnis der aggregierten Einkommenssumme des SOEP zu dem um unterstellte Mieten bereinigten Einkommensaggregat der VGR.

Literaturverzeichnis

- Bedau*, Klaus-Dietrich (1993): Die Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in Deutschland seit der Mitte der achtziger Jahre. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3-4, S. 150-171.
- Bedau*, Klaus-Dietrich (1998a): Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 173, Berlin.
- Bedau*, Klaus-Dietrich, Bernd Freitag, Gerhard Göseke und Volker Meinhardt (1982): Methodische Aspekte und empirische Ergebnisse einer makro-ökonomisch orientierten Verteilungsrechnung. Band 1 der Schriften zum Bericht der Transfer-Enquête-Kommission „Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland“. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.
- Chlumsky*, Jürgen und Manfred Ehling (1997): Grundzüge des künftigen Konzepts der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 7, S. 455-461.
- Deutscher Bundestag* (1997a): Drucksache 13/7933. Bonn.
- Deutscher Bundestag* (1997b): Stenographische Berichte, 182. Sitzung, Bonn.
- DIW* (1995): Relative Einkommenspositionen der westdeutschen Haushaltsgruppen in den achtziger und neunziger Jahren. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18, S. 355-360.
- DIW* (1996): Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftsteuer. Bearb.: Stefan Bach und Bernd Bartholmai. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 30, S. 497-506.
- DIW* (1997a): Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1996. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 31, S. 540-547.
- DIW* (1997b): Erwerbsstatistik unterschätzt Beschäftigung um 2 Millionen Personen. Bearb.: Jürgen Schupp, Johannes Schwarze und Gert Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 38, S. 689-694.
- Emmerling*, Dieter und Thomas Riede (1997): 40 Jahre Mikrozensus. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 3, S. 160-174.
- Euler*, Manfred (1974): Die Einkommensbefragung der privaten Haushalte — Mikrozensus, Wohnungsstichproben, Einkommens- und Verbrauchsstichproben, Volkszählung 1970. In: Fürst, Gerhard (Hrsg.): Stand der Einkommensstatistik, Individual- und Haushaltseinkommen, Einkommensschichtung. Göttingen, S. 71-88.
- Euler*, Manfred (1985): Erfassung und Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der amtlichen Statistik. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 1, S. 56-62.
- Fürst*, Gerhard (1974): Überblick über die Aufgaben, Begriffe und Gliederungen sowie über die vorhandenen Quellen der Einkommensstatistik. In: Fürst, Gerhard (Hrsg.): Stand der Einkommensstatistik, Individual- und Haushaltseinkommen, Einkommensschichtung. Göttingen, S. 7-22.
- Fuß*, Norbert (1974): Die Lohn- und Einkommensteuerstatistiken. In: Fürst, Gerhard (Hrsg.): Stand der Einkommensstatistik, Individual- und Haushaltseinkommen, Einkommensschichtung. Göttingen, S. 23-52.
- Grohmann*, Heinz (1963): Individualeinkommen und Volkseinkommen. In: Allgemeines Statistisches Archiv, 47. Band, S. 344-354.
- Hertel*, Jürgen (1997): Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte 1993. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 1, S. 45-58.
- Kopsch*, Günter (1986): Zur Einkommensmessung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Hanau, Klaus, Reinhard Hüger und Werner Neubauer (Hrsg.): Wirtschafts- und Sozialstatistik. Empirische Grundlagen politischer Entscheidungen. Göttingen, S. 106-125.
- Kopsch*, Günther (1988): Ziele, Möglichkeiten und Grenzen der Einkommensdarstellung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Reich, Utz-Peter (Hrsg.): Aufgaben und Probleme der Einkommensstatistik, Erstellung, Nutzung, Interpretation. Göttingen, S. 7-36.
- Krupp*, Hans-Jürgen (1966): Möglichkeiten und Grenzen der Statistik der personellen Einkommensverteilung. In: Allgemeines Statistisches Archiv, 50. Band, S. 361-380.
- Krupp*, Hans-Jürgen (1975): Möglichkeiten der Verbesserung der Einkommens- und Vermögensstatistik. Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Band 50. Göttingen.
- Luh*, Thomas (1996): Verbesserung der statistischen Erfassung der Unternehmensgewinne zur Berechnung des Bruttonationalprodukts von der Einkommenseite. Band 3 der Schriftenreihe Spektrum Bundesstatistik. Stuttgart.
- Pannenberg*, Markus (1997): Documentation of Sample Sizes and Panel Attrition in the German Socio Economic Panel (GSOEP) (1984 until 1996). DIW-Discussion Papers No. 150, Berlin.
- Pöschl*, Hannelore (1993): Werbung und Beteiligung der Haushalte an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 6, S. 385-390.
- Projektgruppe Panel* (1995): Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1, S. 5-15.
- Projektgruppe Panel* (1998): Funktion und Design einer Ergänzungsstichprobe für das Sozio-ökonomische Panel (SOEP). DIW-Diskussionspapier Nr. 163, Berlin.
- Reich*, Utz-Peter (1986): Einkommensbegriffe für die privaten Haushalte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — die gegenwärtige Diskussion. In: Reich, Utz-Peter, Carsten Stahmer u.a.: Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Stuttgart und Mainz, S. 38-64.
- Reich*, Utz-Peter (1988): Einkommensstatistik und Einkommensbegriffe — Ein Beitrag zum Adäquationsproblem. In: Reich, Utz-Peter (Hrsg.): Aufgaben und Probleme der Einkommensstatistik. Göttingen, S. 67-96.
- Rendtel*, Ulrich und Gert Wagner (Hg.) (1991): Lebenslagen im Wandel — Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984 — Sozio-ökonomische Daten und Analysen für die Bundesrepublik Deutschland, Band 4, Campus, Frankfurt/M. — New York.
- Richter*, Hans-Wilhelm und Norbert Hartmann (1977): Nachweis der Verteilung und Verwendung der Einkommen nach Haushaltsgruppen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1962 bis 1975. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 6, S. 353-373 und S. 420* - 421*.
- Schäuble*, Gerhard (1994): Theorien, Definitionen und Beurteilung der Armut. Berlin.
- Schüler*, Klaus (1982): Einkommensverteilung und -verwendung nach Haushaltsgruppen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 2, S. 75-91 und S. 141* - 144*.
- Schüler*, Klaus (1988): Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 7, S. 561-575 und S. 271* - 276*.

- Schüler, Klaus (1988): Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen: Ausgangsstatistiken und ihre Zusammenführung. In: Reich, Utz-Peter (Hrsg.): Aufgaben und Probleme der Einkommensstatistik, Erstellung, Nutzung, Interpretation. Göttingen, S. 37-66.*
- Schüler, Klaus und Mitarbeiter (1990): Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 3, S. 182-194 und S. 126* — 152*.*
- Schupp, Jürgen und Gert Wagner (1995): Die Zuwanderer-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1, S. 16-25.*
- Söll, Horst (1978): Darstellung und Fortschreibung der monatlichen Haushaltseinkommen mit Spline-Funktionen. In: Schäfer, Karl-August (Hrsg.): Splinefunktionen in der Statistik. Göttingen, S. 43-65.*
- Spies, Veronika, und Mitarbeiter (1992): Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen 1972 bis 1991. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 7, S. 418-430 und S. 441* -447.*
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1989): Mikrozensus im Wandel. Stuttgart.*
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1997): Datenreport 1997. Bonn.*
- Wagner, Gert (1991): Die Erhebung von Einkommensdaten im Sozio-ökonomische Panel (SOEP). In: Rendtel, Ulrich und Gert Wagner, (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel — Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984 — Sozio-ökonomische Daten und Analysen für die Bundesrepublik Deutschland, Band 4, S. 26-33, Campus, Frankfurt/M. — New York.*
- Wagner, Gert; Jürgen Schupp und Ulrich Rendtel (1994): Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) — Methoden der Datenproduktion und -aufbereitung im Längsschnitt. In: Hauser, Richard; Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.): Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik — Band 2: Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation, S. 70-112, Akademie, Berlin.*

Verzeichnis der statistischen Quellen

- Statistisches Bundesamt (1995a): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3, Haushalte und Familien 1993.*
- Statistisches Bundesamt (1995 b): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte.*
- Statistisches Bundesamt (1997 a): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 4, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte.*
- Statistisches Bundesamt (1997 b): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen 1996, Hauptbericht.*

Summary

Income of Private Households According to Different Statistics

In different statistics in Germany income data play an important role. In this paper the four main sources of private households income data are compared with regard to their methodology and results: The System of National Accounts (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, VGR), the Income and Consumption Survey (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, EVS), the Micro Census (Mikrozensus, MZ), and the German Socio-economic Panel (Sozio-oekonomisches Panel, SOEP).

The relevant income aggregates of the Income and Consumption Survey are quite close to the corresponding results of the System of National Accounts.

The income data in the Micro Census are less representative. This survey is based on self reported incomes from the participating households. Only about 80 percent of the disposable incomes in private households according to the System of National Accounts are covered by the Micro Census.

The representativeness of disposable incomes in the annual data of the German Socio-Economic Panel regarding the System of National Accounts is about the same as in the Income and Consumption Survey.